Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt — **Burscheider Zeitung** — **für die Stadtgemeinde Burscheid**

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 291 — Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 — **Burscheid, Montag, 12. Dezember 1932** — Postscheckkonto 28571 Köln, Fernsprech-Anschluß Nr. 431 — **72. Jahrgang**

Die Winterhilfe

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beriet am Sonnabend die Anträge über die Winterhilfe. Den Vorsitz führt der frühere Reichsarbeitsminister **Dr. Brauns** (Ztr.)

Zunächst begründeten die Parteien ihre Anträge.

Die Kommunisten

verlangen Gewährung von Winterhilfen u., auch auch die nicht unterstützten Arbeitslosen und an die Sozialrentner.

Die Sozialdemokraten

fordern eine Winterhilfe für alle Unterstützungsempfänger, die in unentgeltlicher Belieferung mit Brot und Kohle und in verbilligter Abgabe von Fleisch besteht. Auch

die Nationalsozialisten

wünschen eine angemessene Weihnachts- und Winterbeihilfe durch Lieferung von Gegenständen des täglichen Bedarfs. Diese sollen von Bauern und dem gewerblichen Mittelstand geliefert werden, denen der Gegenwert auf ihre Steuern angerechnet werden soll.

Abg. Frau Schroeder (Soz.) begründet die sozialdemokratische Forderung auf Winterhilfe mit der Tatsache der langfristigen Wirtschaftskrise. Die Winterhilfe der Regierung Papen habe unerhört enttäuscht, weil sie nicht erfasse Alleinstehende, Wohlfahrtserwerbslose und Zusatzempfänger.

Abg. Dr. Riener (Ztr.) verlangte von der Reichsregierung Auskunft, in welcher Höhe sie die Winterhilfe gewähren wolle, die sie durch Staatssekretär Planck grundsätzlich zugesagt habe. Bei der Winterhilfe sei unbedingt zu vermeiden, daß die Zuwendungen, die das Reich gebe, auf der anderen Seite bei Zuwendungen die von den Ländern oder sonst gegeben werden, wieder gekürzt werden.

Ministerialdirektor Krohn vom Reichsarbeitsministerium erklärte, daß die Reichsregierung unter Benutzung der Erfahrungen des Vorjahres auch in diesem Winter dafür gesorgt habe, daß eine Hilfsaktion für die Erwerbslosen durchgeführt werde durch Verbilligung von Lebens- und Bedarfsmitteln. Die Reichsbahn hat eine Frachtverbilligung für Kohle zugesagt, die Kohlensyndikate und der Kohlenhandel werden die Kohlenpreise zugunsten der Hilfsaktion herabsetzen. In welchem Ausmaß die Reichsregierung selbst sich an der Hilfsaktion beteiligen wird, wird noch mit dem Haushaltsausschuß festzusetzen sein. Schon jetzt hat das Reich den Ländern und Fürsorgeverbänden Mittel zur Verfügung gestellt zur Verbilligung von Fleisch, dessen Preis pro Pfund 20 Pfennig unter dem normalen Preis liegt. Der Personenkreis ist derselbe wie im Vorjahr. Die Hauptunterstützungsempfänger mit vier und mehr Zuschlagsempfängern werden wie im Vorjahr besonders bedacht. Der sozialdemokratische Antrag auf Gewährung einer Winterhilfe wurde eine Ausgabe von 400 bis 500 Millionen Mark verursachen, der kommunistische Antrag auf Gewährung einer Barunterstützung 700 Millionen Mark, der kommunistische Antrag auf Gewährung von Natural-Unterstützungen 170 Millionen Mark. Die Kosten, die der nationalsozialistische Antrag verursachen werde, lassen sich noch nicht übersehen, da er keine Einzelheiten enthält. Die Reichsregierung wird an Hand der im Ausschuß vorgebrachten Wünsche prüfen, welche weiteren Verbilligungsmaßnahmen möglich sind. Schließlich unterstütze die Reichsregierung auch in diesem Jahr die Winterhilfssammlung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege.

Abg. Karwahne (Natsoz.) begründet den nationalsozialistischen Antrag auf Gewährung einer angemessenen Weihnachts- und Winterbeihilfe an die notleidende Bevölkerung. Diese Unterstützungen sollten nicht in bar erfolgen, sondern in Gegenständen des täglichen Bedarfs. Der Redner erklärte, daß gerade nach der guten Ernte des letzten Sommers Lebensmittel in ausreichendem Maß vorhanden vorhanden seien.

Abg. Dr. Schmidt-Eichwalde (Dntl.) stimmte der Schaffung einer Winterhilfe nach dem Vorschlag der Nationalsozialisten zu. Er verlange, daß den Gemeinden in der Wohlfahrtspflege die Möglichkeit gegeben werde, diese entsprechend den örtlichen Verhältnissen durchzuführen. Seine Freunde ständen dem Gedanken sympathisch gegenüber, daß Landwirtschaft, Bergbau usw. zur Lieferung von Naturalien zur Winterhilfe gegen Aufrechnung von Steuerrückständen aufgefordert werden sollen.

Abg. Frau Teusch (Ztr.) erklärte, daß sich der nationalsozialistische und der sozialdemokratische Antrag über die Winterhilfe wohl kombinieren ließen. Auf diese Weise würde der Sozialpolitische Ausschuß eine Gesamtentschließung fassen, die den Weg, den Personenkreis und die Methode aufzeige. Dabei beantrage sie, den Teil des sozialdemokratischen Antrages, wonach die Mittel für die Winterhilfe vom Reich den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden sollen, durch die Bestimmung zu ergänzen:

„Diese Reichsmittel dürfen für andere Zwecke der Wohlfahrtspflege weder vom Reich verrechnet noch von den Gemeinden verwendet werden".

Nachdem über die in diesem Vorschlag enthaltenen Anregungen eine längere Aussprache stattgefunden hatte, faßte der Ausschuß — in der Gesamtabstimmung einstimmig — folgende sich aus dem nationalsozialistischen und dem sozialdemokratischen Abtrag ergebende Beschlüsse:

Die Reichsregierung wird aufgewordert, alsbald durchgreifende Maßnahmen zu treffen, durch die den großen Massen der notleidenden Bevölkerung eine angemessene Weihnachts- und Winterbeihilfe gewährt wird. Der Personenkreis erstreckt sich auf alle Arten von Empfängern öffentlicher Unterstützungen und Renten, wie Arbeitslose, Sozialrentner, Empfänger von Kurzarbeiter-Unterstützung, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte usw. Von einer Substantierung der Unterstützungsmittel wurde in dem Beschluß abgesehen.

Es wurde gesagt, daß die Winterhilfe in unentgeltlicher Belieferung von Naturalien, Kleidungsstücken usw. je nach den örtlichen Verhältnissen bestehen soll. Sie darf aber nicht zu einer Verminderung der Geldunterstützung führen. Die Mittel für die Durchführung der Winterhilfe stellt das Reich den Gemeinden ud Gemeindeverbänden zur Verfügung.

Annahme fand auch ein Antrag der Frau Abg. Teusch (Ztr.), wonach diese Reichsmittel nicht für andere Zwecke der Wohlfahrtspflege weder vom Reich verrechnet, noch von den Gemeinden verwendet werden dürfen. Von dieser Winterhilfe sollen Alleinstehende nicht ausgenommen werden.

Dieser Beschluß wird mit Bezug auf seine finanziellen Auswirkungen im Haushaltsausschuß behandelt werden, der zu diesem Zweck bereits am Montag zusammentritt.

Gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten wurde dem Vorsitzenden die Ermächtigung gegeben, den Zeitpunkt des Wiederzusammentritts des Sozialpolitischen Ausschusses zu bestimmen.

Revirement in Polen

Der polnische Ministerrat hat beschlossen, den polnischen Botschafter in Washington in das Auswärtige Amt zu berufen. An seine Stelle wird Stanislaus Patek treten, der bisher als Gesandter in Moskau tätig war. Nachfolger Pateks in Moskau wird der polnische Gesandte in Wien, Lukasiewicz. Zum Gesandten in Bukarest ist Arcijzewski ernannt worden, der in diesen Tagen seinen Rigaer Posten verlassen hat.

Innenpolitisches

Das Amnestiegesetz

am Donnerstag vor dem Reichsrat

Der Reichsrat hält seine nächste Vollsitzung am Donnerstag ab. Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. erfährt, wird der Reichsrat in dieser Sitzung auch schon zu den letzten Reichstagsbeschlüssen über Amnestie, Stellvertretergesetz für den Reichspräsidenten und Aufhebung des sozialpolitischen Teiles der Wirtschaftsnotverordnung Stellung nehmen.

Wie die Entscheidung des Reichsrats namentlich zur Amnestie ausfallen wird, ist noch nicht zu übersehen, da die Kabinette der Länder zu den Reichstagsbeschlüssen noch nicht Stellung genommen haben. Das preußische Kabinett wird am Dienstag über seine Stellungnahme beraten.

Wenn der Reichsrat Einspruch beschließen sollte, müßte das Amnestiegesetz dem Reichstag nochmals zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Der Reichstag müßte also das Gesetz erneut mit Zweidrittelmehrheit bestätigen. Auch damit erlangt es aber noch nicht endgültige Gesetzeskraft. Art. 76 der Verfassung bestimmt, daß der Reichspräsident, wenn der Reichstag entgegen dem Einspruch des Reichsrats eine Verfassungsänderung beschlossen hat, dieses Gesetz nicht verkünden darf, wenn der Reichsrat binnen zwei Wochen der Volksentscheid verlangt

Amnestieauswirkungen in Berlin

Nach dem Inkrafttreten des gestern vom Reichstag beschlossenen Amnestiegesetzes werden von den rund 140 Strafen, die das Berliner Sondergericht bisher verhängt hat, nur acht vollstreckt werden. In diesen acht Fällen handelt es sich um Verbrechen, gegen das Leben, die von der Amnestie ausdrücklich ausgenommen sind. Dagegen werden alle anläßlich des Verkehrsstreiks wegen Transportgefährdung, Landfriedensbruchs, Nötigung Verurteilten unter die Amnestie fallen. Die zur Zeit noch beim Sondergericht schwebenden fünf Strafsachen, die mit dem Verkehrsstreik zusammenhängen, und von denen allein vier für Montag angesetzt waren, dürften kaum noch verhandelt werden. Die Zahl der von anderen Berliner Gerichten Verurteilten, die ebenfalls unter das Amnestiegesetz fallen und der Strafsachen, die noch schweben, geht in einige Hunderte. Von den bereits Verurteilten dieser Gerichte, die ihre Strafe nicht anzutreten brauchen, bezw. in Freiheit gesetzt werden, sind die Angriff-Redakteure Dr. Lippert und Krause, die wegen Beleidigung des früheren Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß abgeurteilt wurden, und der Herausgeber der „Weltbühne" Ossietzky zu nennen.

Der Nationalsozialist Dr. Robert Ley

der bisherige Reichsinspekteur 2 in der NSDAP, ist von Adolf Hitler zum Stabsleiter für die politische Organisation ernannt worden











Zu den personellen Vorgängen in der NSDAP

In Verbindung mit der Beurlaubung Gregor Strassers und den Gerüchten, daß er aus der Partei ausgeschieden sei, wurden dann auch weitere Namen prominent. Parteimitglieder genannt. Oben, links: Gregor Strasser, der Reichsorganisationsleiter d. NSDAP — rechts: Gottfried Feder, der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der Partei — unten, links: Alfred Rosenberg, der Hauptschriftleiter des Völkischen Beobachter — rechts: Dr. Frick, der Fraktionsführer der NSDAP im Reichstag

Aus dem Parteileben

Hitler vor den schlesischen Amtswaltern der NSDAP.

Die drei schlesischen Gaue der NSDAP. hielten am Sonnabend in Breslau eine Amtswalterversammlung ab, an der auch Adolf Hitler teilnahm.

Hitler erklärte in einer Ansprache, daß der Kampf nach den Geschehnissen der letzten Wochen mit allen erdenklichen Mitteln schärfer denn je geführt werde.

Der Reichsausschuß der DVP.

trat in Berlin zu einer Sitzung zusammen.

Der Parteiführer, Abgeordneter **Dingeldey**, erklärte, wie die Pressestelle der Deutschen Volkspartei mitteilt, daß das parlamentarische System, wie es heute beschaffen ist, kein Vertrauen verdiene, daß aber die große Mehrheit des Volkes den politischen Konflikt nicht um des Konfliktes willen herbeiwünsche. Die Vertagung des Reichstags sei mit Dingen bezahlt worden, die bis hart an die Grenze des Erträglichen gehen. Die Deutsche Volkspartei denke dabei nicht in erster Linie an die sozialpolitischen Beschlüsse, sondern an Rahmen und Umfang der Amnestie. Die organisatorischen Aufgaben der Partei seien gewaltig. Dingeldey teilte weiter mit, daß er der Entlastung bedürfe und deshalb den Reichstagsabgeordneten Dr. Hugo als stellvertretenden Parteiführer bestimmt habe.

Die Aussprache ergab volle Zustimmung zum Kurse der Deutschen Volkspartei. Am Schluß sprach Finanzminister Dr. Matties über die politische Lage im badischen Landtag.

„Werwolf" und Deutsch-Sozialisten

Am Sonntag fand in Halle eine Konferenz statt, die einer Fühlungnahme zwischen aus der NSDAP. ausgetretenen Nationalsozialisten, der kürzlich gegründeten „Deutschsozialistischen Partei" und dem „Werwolf" diente. Es wurde beraten, ob und welche gemeinsamen Schritte unternommen werden sollen und die Möglichkeit eines Zusammenschlusses erörtert. Die Verhandlungen sollen fortgesetzt werden, da man zunächst die weitere Entwicklung des Falles Gregor Strasser abwarten will.

Am gleichen Tage fand auch eine Konferenz der Revolutionären Nationalsozialisten statt, in der Major Buchrucker sprach.

Treuegelöbnis der Gauleiter und Bundesinspekteure für Adolf Hitler

Wie der Völkische Beobachter meldet, wurde von sämtlichen Gauleitern und Landesinspekteuren am Freitagabend folgende Erklärung unterzeichnet: Die Beurlaubung des Reichsorganisationsleiters Gregor Strasser wird von allen Feinden Deutschlands dazu benutzt, die Hoffnung zu nähren, daß das Bollwerk der NSDAP., das keine Angriffe von außen erschüttern konnten, durch Spaltung sich selbst vernichten könnte. Die Feinde Deutschlands hoffen vergebens. Die Landesinspekteure und Gauleiter der NSDAP., die als die ältesten und treuesten Mitarbeiter des Führers die Organisation aufbauten und heute verantwortlich leien, stehen in nie zu erschütternder Treue zu dem Schöpfer und Führer der Bewegung. Die politische Organisation der NSDAP. steht fester denn je in Liebe und Verehrung zu Adolf Hitler.

Umfassende Polizeiaktion gegen den Erfurter RFB

Aus Erfurt, 10. Dezember, wird gemeldet: Wie die Polizei bekannt gibt, war festgestellt worden, daß der verbotene Rotfrontkämpferbund besonders in letzter Zeit eine starke Aktivität entwickelte. So wurde ermittelt, daß die Ortsgruppe Erfurt, die sich in ihrem Bestande stark vermehrt hatte, regelmäßige Wehrsport- und Schießabende, nächtliche Uebungen usw. veranstaltete.

Auch für die Nacht vom 9. zum 10. Dezember war vom RFB. ein derartiger Abend auf dem Gelände des Arbeiterschützenbundes Gispersleben bei Erfurt angesetzt. Ein größeres Aufgebot von Schutz- und Kriminalpolizei besetzte das Gelände. Beim Eindringen in die Baulichkeiten wurde der Polizei heftiger Widerstand entgegengesetzt, der sich zu tätlichen Angriffen steigerte. Die Polizei war daher gezwungen, zur Brechung des Widerstandes von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, wobei ein Mitglied des RFB. verletzt wurde. 28 Personen wurden festgenommen. Erhebliches Material sowie eine Anzahl Waffen wurden beschlagnahmt.

Die Deutsch-Schweden beim Schwedischen Kronprinzenpaar



Unsere Aufnahme berichtet von einem Festabend, den die Deutsch Schwedische Vereinigung zu Ehren des schwedischen Prinzenpaares Gustav Adolf und der Prinzessin Sibylle in Stockholm gab: junge Mädchen in den Landestrachten der verschiedenen schwedischen Provinzen überreichten Blumengrüße und sprechen Glückwünsche aus

Die Bilanz der reichsgesetzlichen Krankenkassen

Das Wolffbüro meldet: Nach einer Schätzung werden sich die Gesamteinnahmen der reichsgesetzlichen Krankenkassen im Jahre 1932 auf etwa 1208 Mill. RM. — gegen 2109 Mill. RM. im Jahre 1929 — belaufen, von denen 1150 Mill. RM. auf die Beiträge entfallen. Die Gesamtausgaben können auf rund 1200 Mill. RM. geschätzt werden. Hiernach werden sich also die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben im Jahre 19[illegible] etwa die Waage halten.

Drei Todesurteile

Das Schwurgericht in Torgau verurteilte den Schmiedegesellen Bernd und den Arbeiter Pietzschke wegen Mordes und die Witwe Thieme wegen Anstiftung zum Morde zum Tode.

Frau Thieme hatte die Angeklagten Bernd und Pietzschke veranlaßt, ihren Sohn Otto, mit dem sie sehr oft harte Auseinandersetzungen hatte, zu beseitigen. Am 8. Juni d. Js. lockten die beiden den jungen Thieme in den frühen Morgenstunden nach einem Teich, um dort zu fischen, wo Bernd dann auf Thieme vier Schüsse abgab und ihm außerdem noch mehrere Schläge mit dem Gewehrkolben versetzte. Darauf warfen sie die Leiche in den Teich.

„Times" über die politische Lage in Deutschland

„Times" erwähnen das vom Reichstag angenommene Reichspräsidentenstellvertretergesetz und nennt es eine Maßnahme, die die politische Stabilität zu stärken geeignet ist. Der Leitartikel analysiert dann im einzelnen die gegenwärtige innerpolitische Lage Deutschlands, die sich dem Beobachter wieder als gefestigter darstellt.

Zum Schluß betont das Blatt, daß Deutschland in seiner Außenpolitik nur eine Ansicht hat. Wechsel in der Regierung beeinflußten nur wenig die Entschlossenheit der Nation, die Freiheit über ihre Wehrmacht nach eigenem Ermessen wiederzuerlangen und diejenigen Abänderungen des Versailler Vertrages durchzusetzen, die nötig seien, ihre Ansprüche auf Gleichberechtigung zu sichern. Die Tatsache, daß ein fähiger General Kanzler und in einer stärkeren inneren Stellung sei als sein Vorgänger, habe in einigen Nachbarländern die natürliche Befürchtung hervorgerufen, daß die Aufrüstung ein entschiedenes Ziel der deutschen Politik sei. Dies mache es für die anderen Regierungen nicht weniger nötig, sich darüber schlüssig zu werden, wie weit die deutschen Ansprüche legitim seien und wie weit nicht.

Rumänische Auszeichnung für deutsche Professoren

Der königlich rumänische Gesandte Commen gab heute zu Ehren des in Berlin anwesenden früheren Ministerpräsidenten Professor Nistor ein Frühstück, an dem u. a. verschiedene Vertreter der Berliner Universität und Hochschulen teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit überreichte der Gesandte den Professoren Gamillscheg, Glinz und Babinger die neuerdings vom König gestiftete Auszeichnung für Verdienste um die Kultur. In seiner Begleitrede betonte er die engen deutsch-rumänischen kulturellen Beziehungen, deren Pflege er für ebenso wichtig erklärte wie die der wirtschaftlichen Beziehungen.

Seltsame Todesursache eines chinesischen Diplomaten

Aus Kanton wird gemeldet: Tschutschautin, ein bekannter chinesischer Diplomat und früherer Vizeminister des Äußeren, starb hier plötzlich nach einem Bankett im Flottenhauptquartier zu Ehren des britischen Oberkommandierenden der britischen Chinastation. Eines der servierten Gerichte bestand aus einer Schlangenspeise, und der Tod des Diplomaten soll, wie behauptet wird, auf genossenes Schlangengift zurückzuführen sein.

Eine Einigung in Genf

Das Ergebnis der Fünf-Mächte-Konferenz

Eine am Samstag von der Fünfmächtekonferenz in Genf ausgearbeitete Erklärung, die es Deutschland ermöglicht, an der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen, ist am Sonntag von sämtlichen fünf Mächten endgültig angenommen und unterzeichnet worden.

Die in englischer Sprache abgefaßte Erklärung trägt folgende Unterschriften: J. Ramsay Macdonald als Vorsitzender, Norman H. Davis, John Simon, J. P. Boncour, C. von Neurath, Aloisi.

Die Unterzeichnung erfolgte Sonntag vormittag in der Schlußsitzung der Fünfmächtekonferenz. Sie verzögerte sich zunächst etwas, weil Paul Boncour mit erheblicher Verspätung zur Sitzung erschienen war.

Auf Grund dieser Erklärung nimmt Deutschland nunmehr wieder seine Mitarbeit an der Abrüstungskonferenz auf und wird zu den für diese Woche vorgesehenen Sitzungen des Präsidiums und des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz Vertreter entsenden.

Am Schluß der Sitzung empfing Macdonald den Konferenzpräsidenten Henderson, um ihm die Erklärung der fünf Mächte zu übergeben.

Den Abschluß der Konferenz bildete ein Diner, zu dem Macdonald die Teilnehmer eingeladen hatte.

Der Wortlaut der Vereinbarungen

1. Die Regierungen des vereinigten Königreiches, Frankreichs und Italiens haben erklärt, daß einer der Grundsätze, die die Konferenz leiten sollen, darin bestehen muß, Deutschland und den anderen durch Vertrag abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung zu gewähren in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet und daß dieser Grundsatz in dem Abkommen, das die Beschlüsse der Abrüstungskonferenz enthält, verkörpert werden soll.

Diese Erklärung schließt in sich, daß die Rüstungsbeschränkungen für alle Staaten in dem in Aussicht genommenen Abrüstungsabkommen enthalten sein müssen. Es besteht Einigkeit darüber, daß die Art und Weise der Anwendung dieser Gleichberechtigung auf der Konferenz erörtert werden wird.

2. Auf der Grundlage dieser Erklärung hat Deutschland seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, an der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen.

3. Die Regierungen des vereinigten Königreiches, Frankreichs, Deutschlands und Italiens sind bereit, gemeinsam mit allen anderen europäischen Staaten feierlichst noch einmal zu bestätigen, daß sie unter keinen Umständen versuchen werden, gegenwärtige oder künftige Streitfragen zwischen den Unterzeichnern mit Gewalt zu lösen. Dies soll einer näheren Erörterung der Frage der Sicherheit nicht vorgreifen.

4. Die fünf Regierungen der Vereinigten Staaten, des vereinigten Königreiches, Frankreichs, Deutschlands und Italiens erklären, daß sie entschlossen sind, auf der Konferenz gemeinsam mit den anderen dort vertretenen Staaten darauf hinzuwirken, daß unverzüglich ein Abkommen ausgearbeitet wird, das eine wesentliche Herabsetzung und eine Begrenzung der Rüstungen herbeiführt und gleichzeitig eine künftige Revision zum Zwecke der weiteren Herabsetzung vorsieht.

Das Prinzip der Gleichberechtigung

Aus Genf, 11. Dez., wird uns dazu noch berichtet:

Mit der unterzeichneten Erklärung haben die langwierigen Fünf-Mächte-Besprechungen einen Abschluß gefunden, der es Deutschland ermöglicht, wieder an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen. Die Erklärung, deren englischer Text maßgebend ist, wurde in fünf Exemplaren unterzeichnet. Ein weiteres Exemplar wurde dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, übergeben, der nach der Unterzeichnung auf Antrag Macdonalds zu einer kurzen Aussprache über die weitere Gestaltung der Konferenzarbeiten hinzugezogen wurde. Dabei wurde entsprechend einer Anregung des englischen Premierministers vereinbart, daß die fünf Mächte sich während der Konferenz jeweils zusammenfinden sollen, wenn es sich darum handelt, entstehende Schwierigkeiten zu überwinden und damit den Gang der Arbeiten zu beschleunigen. Ein französischer Antrag, außer den Vertretern der beteiligten Mächte auch noch den Berichterstatter des Hauptausschusses, Dr. Benesch, zu diesen periodischen Beratungen hinzuzuziehen, wurde abgelehnt.

Der grundlegende erste Teil der Erklärung der Fünf-Mächte-Konferenz beruht auf der bekannten Herriot-Formel, jedoch ist bemerkenswert, daß in der heutigen Erklärung die Gleichberechtigung nicht mehr, wie in der französischen Formel, das Ziel der Abrüstungskonferenz, sondern der leitende Grundsatz ihrer Arbeiten sein soll.

Zu der Feststellung, daß der Grundsatz der Gleichberechtigung in den Beschlüssen der Abrüstungskonferenz verkörpert werden soll, hat Macdonald bereits am Sonnabend eine ausführliche Erklärung abgegeben, wonach das Wort „verkörpert" im Sinne einer Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichberechtigung aufzufassen ist. Der Satz im zweiten Absatz des ersten Teils, wonach die Art und Weise der Anwendung der Gleichberechtigung auf der Konferenz erörtert werden wird, entspricht den eigenen Vorschlägen Deutschlands.

Teil 3 der Erklärung geht auf die Unterhauserklärung des englischen Außenministers zurück; Deutschland war von Anfang an bereit, diese Versicherung nunmehr zum ungefähr vierten Male abzugeben, wobei man sich darüber im klaren war, daß sich an der bisherigen Lage nichts geändert hat.

Teil 4 soll auf die Beschleunigung der Konferenzarbeiten hinwirken und steht im Zusammenhang mit den bereits erwähnten Vereinbarungen der fünf Mächte untereinander und mit dem Konferenzpräsidenten über gemeinsame Beratungen im Laufe der Abrüstungskonferenz.

Durch das Abkommen ist zweifellos erreicht, daß das Prinzip der Gleichberechtigung anerkannt worden ist, und zwar für alle Arbeiten der Konferenz und in allen ihren Stadien. Selbstverständlich steht es Deutschland frei, wenn künftig das Prinzip der Gleichberechtigung bestritten oder in technischen Einzelheiten nicht anerkannt werden sollte, die Konferenz zu verlassen. Das Abkommen kann naturgemäß keine Gewähr dafür bieten, daß bei der Verwirklichung seiner Grundsätze nicht Schwierigkeiten entstehen. Deutschland würde sich aber in derartigen Fällen in der günstigen Lage befinden, eine flagrante Verletzung getroffener Vereinbarungen festzustellen und auch, wenn die Konferenz künftig aus dem einen oder anderen Grunde scheitern sollte, würden die heutigen Beschlüsse eine für Deutschland sehr wertvolle Bedeutung erhalten, da es politisch unmöglich wäre, die heute festgesetzten Grundsätze wieder zu Ungunsten Deutschlands zu revidieren.

Die Rückkehr der „Karlsruhe" von ihrer Weltreise



Unser Bild berichtet von der Rückkehr des deutschen Kreuzers „Karlsruhe" von seiner Weltreise in den Heimathafen Kiel: die „Karlsruhe" wird beim Anlegen von einer großen Menschenmenge stürmisch begrüßt

Die deutsche Anden-Expedition zurückgekehrt



Regierungsrat Dr. Borchers,

der Leiter der deutschen Anden-Expedition, ist jetzt mit seinen Begleitern nach Deutschland zurückgekehrt. Die Expedition, der es gelang, den höchsten Berg Südamerikas, den Aconcagua, zu besteigen, hat außerordentlich interessantes Forschungsmaterial zur Klärung meteorologischer und ethnologischer Fragen mitgebracht.

Der Eindruck in Berlin

In Berliner politischen Kreisen wird die Einigung, die in Genf erzielt wurde, als ein starker Erfolg der Abrüstungspolitik gewertet, die Deutschland trotz aller Schwierigkeiten und Widerstände bis zu dem Ergebnis geradlinig verfolgt hat. Die Reichsregierung hat jetzt erreicht, daß die deutsche Gleichberechtigung in der Abrüstung von den anderen Mächten grundsätzlich und effektiv anerkannt worden ist.

Dieser Erfolg tritt um so stärker hervor, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Frankreich es noch im Juli abgelehnt hat, die Gleichberechtigung überhaupt nur zu diskutieren. Trotzdem hat Reichskanzler von Papen sie am Schluß der Lausanner Konferenz als unumstößliche Forderung angemeldet. Es lag in der Konsequenz dieses Anspruchs, daß Freiherr von Neurath nach der Entschließung vom 23. Juli der Abrüstungskonferenz die präzise Frage vorlegte, wie es mit unserer Aufnahme in die Abrüstungskonvention stehe. Dies wurde dann noch näher präzisiert in dem Memorandum vom 29. August, in dem gefragt wurde, ob die abzuschließende Konvention ebenso wie für die anderen Mächte auch für uns gelte, und zweitens, ob auch für die Geltungsdauer und die Revisionsmöglichkeiten dieser Konvention die Bedingungen die gleichen seien.

Die Gegenseite hat sich zunächst der Beantwortung dieser Fragen entzogen. Im Verlaufe der letzten Genfer Verhandlungen des Reichsaußenministers ist es nun jedoch gelungen, eine Beantwortung unserer Fragen durch alle hauptbeteiligten Mächte zu erreichen. Diese Antwort liegt in der Genfer Erklärung vor.

Sie bejaht die deutsche Gleichberechtigung als Grundsatz der Abrüstungskonferenz. Damit ist die Gleichberechtigung nicht, wie es bisher der französische Standpunkt war, das spätere Ziel, sondern als grundlegendes Prinzip der Ausgangspunkt aller weiteren Abrüstungsverhandlungen. Die Erklärung geht aber auch noch den Schritt weiter vom grundsätzlichen zum praktischen Zugeständnis, indem sie die Entschlossenheit der Mächte betont, darauf hinzuwirken, daß das Abrüstungsabkommen unverzüglich ausgearbeitet wird. Damit wird der früher geäußerten deutschen Befürchtung Rechnung getragen, daß man versuchen könnte, einen positiven Ausgang der Abrüstungsverhandlungen immer weiter hinauszuschieben.

Ob die kommenden Abrüstungsverhandlungen ebenfalls zu einem befriedigenden Ergebnis führen, das hängt natürlich von den Einzelheiten des materiellen Verhandlungsinhalts ab. Hiermit steht die Stelle der Erklärung im Zusammenhang, daß die Art und Weise der Anwendung der Gleichberechtigung auf der Konferenz erörtert werden soll. Dieser Standpunkt entspricht durchaus der früheren deutschen Stellungnahme, denn auch in dem deutschen Memorandum vom 29. August wurde gesagt, daß der materielle Inhalt der Regelung der Gleichberechtigung Spielraum für Verhandlungen biete.

Die Reichsregierung wird ihr besonderes Augenmerk darauf richten, daß der Inhalt der späteren Abrüstungskonvention, also das, was sie den einzelnen Staaten zugesteht, auch dem jetzt feierlich erklärten Prinzip der Gleichberechtigung Deutschlands entspricht. Nur damit kann auch das System geschaffen werden, das nach dem Wortlaut der Genfer Erklärung allen Nationen Sicherheit bieten soll.

Unter diesem System zu verstehen ist, das ergibt sich am klarsten aus der Entschließung der Völkerbundsversammlung vom 25. September 1928, in der festgelegt wurde, daß zu diesem System in erster Linie die gleichmäßige Abrüstung aller gehört. Imselben Sinne ist immer wieder die deutsche Forderung „Gleiches Recht und gleiche Sicherheit" erhoben worden. Die Sicherheit ist und bleibt nicht etwas, was der Abrüstung vorausgeht, sondern sie wird erst durch die Abrüstung gewährleistet. Das „System" ist also in der Abrüstungskonvention zu sehen. Sie wird

n-Expedition
ehrt



Borchers,

n-Expedition, ist jetzt
Deutschland zurückg
gelang, den höchsten
acagua, zu besteige
ntes Forschungsmate
ischer und ethnologi
gebracht.

und auch, wenn die
einen oder anderen
en die heutigen Be
d sehr wertvolle
politisch unmöglich
Grundsätze wieder zu
revidieren.

in Berlin

eisen wird die Ein
rde, als ein starke
ngspolitik ge
aller Schwierigkeiten
Ergebnis geradlinig
ierung hat jetzt er
berechtigung in der
Mächten grundsätz
worden ist.
stärker hervor, wenn
ß Frankreich es noch
e Gleichberechtigung
eren. Trotzdem hat
am Schluß der Lau
stößliche Forderung
Konsequenz dieses
n Neurath nach der
der Abrüstungskon
rlegte, wie es mit
rüstungskonvention
näher präzisiert in
August, in dem ge
ießende Konvention
Nächte auch für uns
für die Geltungs
chkeiten dieser Kon
gleichen seien
ächst der Beantwor
. Im Verlaufe der
n des Reichsaußen
lungen, eine Beant
ch alle hauptbeteilig
se Antwort liegt in

Gleichberechti
er Abrüstungs
e Gleichberechtigung
zösische Standpunkt
n als grundlegendes
aller weiteren Ab
e Erklärung geht
eiter vom grundsätz
ndnis, indem sie die
tont, darauf hinzu
ngsabkommen
arbeitet wird.
gerten deutschen Be
, daß man versuchen
ung der Abrüstungs
hinauszuschieben.
tungsverhandlungen
nden Ergebnis füh
on den Einzelheiten
sinhalts ab. Hiermit
im Zusammenhang
r Anwendung der
Konferenz erörtert
nkt entspricht durch
Stellungnahme, denn
morandum vom 29.
er materielle Inhalt
chtigung Spielraum

ng wird ihr beson
hten, daß der In
ngskonvention, als
n Staaten zugesteht.
klärten Prinzip der
Deutschlands ent
auch das System ge
dem Wortlaut der
onen Sicherheit bie

zu verstehen ist, das
r Entschließung der
om 25. September
de, daß zu diesem
chmäßige Abrüstung
e ist immer wieder
bleiches Recht und
worden. Die Sicher
as, was der Abrü
wird erst durch die
as „System" ist also
zu sehen. Sie wird

Der Schweizer Bundespräsident für 1933



Dr. Edmund Schulthes

wurde für das Jahr 1933 zum Bundespräsidenten der Schweiz gewählt. Er hatte dieses Amt bereits einmal im Jahre 1928 bekleidet.

nach der Entschließung aller beteiligten Mächte noch ergänzt durch den in Aussicht genommenen Nichtangriffspakt.

Eine wesentliche Bedeutung der Genfer Erklärung liegt in der Tatsache, daß die Revision der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages damit eingeleitet ist. Der Teil V des Versailler Vertrags kann nicht mehr als eine Sonderbestimmung gegen Deutschland gelten. Wenn Deutschland gleichberechtigt ist, dann muß die uns aufgezwungene Entwaffnung auch auf die übrige Welt angewandt werden. Dieser Teil des Versailler Vertrags kann also nur insofern aufrechterhalten werden, als seine einzelnen Bestimmungen von allen an der Abrüstungskonferenz beteiligten Staaten für sich selbst in Anwendung gebracht werden.

Es liegt im Zuge dieser Entwicklung, daß mit der Erklärung auch bereits der von uns stets abgelehnte aber immer noch zur Debatte stehende Artikel 53 des Konventionsentwurfes der Vorbereitenden Abrüstungskommission bereits erledigt ist, der die Diskriminierung Deutschlands aufrechtzuerhalten suchte. Als besonders erfreulich ist schließlich noch zu unterstreichen, daß der Erfolg der deutschen Bemühungen das Problem gleichzeitig für die anderen entwaffneten Staaten erfaßt, also auch für Oesterreich, Ungarn und Bulgarien. In der Erklärung wird ausdrücklich von „allen Staaten" gesprochen.

Faßt man das erreichte Ergebnis des deutschen Kampfes um die Gleichberechtigung zusammen, so muß man zu der Feststellung gelangen, daß ein sehr wesentlicher Fortschritt erzielt wurde. In den maßgebenden Kreisen der Reichshauptstadt wird erwartet, daß er sich auch auf die schließliche Lösung des Abrüstungsproblems selbst auswirken wird.

Das Ergebnis von Genf ist nur durch das Zusammenwirken aller Beteiligten möglich geworden. Neben den Bemühungen Macdonalds, Simons, der Vertreter Italiens und Amerikas wird in deutschen Kreisen besonders anerkannt, daß auch Ministerpräsident Herriot Verständnis für das Recht und die Interessen Deutschlands gezeigt hat.

Herriot ist den Weg der Verständigung, der von der ursprünglichen Negation zu dem bekannten konstruktiven Plane geführt hat, weitergegangen, bis zur Zustimmung zu der jetzt gefundenen Formel. In deutschen Kreisen kann man damit nur die Hoffnung verbinden daß die Einigung von Genf auch ganz allgemein auf die deutsch-französischen Beziehungen einen günstigen Einfluß ausüben wird.

v. Neurath nach Berlin abgereist

Aus Genf wird berichtet: Reichsminister Freiherr von Neurath ist Sonntag abend in Begleitung des Gesandten Göppert und des Vortragenden Legationsrates Dr. Katzenberger nach Berlin zurückgereist.

Die Stockholmer Feier für die Nobelpreisträger

Die Feier für die Nobelpreisträger fand Sonnabendnachmittag im Konzertpalais in Stockholm statt Der Präsident der Nobel-Stiftung, Gouverneur **Hammarsköld**, hielt die Begrüßungsrede. Der Präsident des Nobel-Komitees für Chemie, **Prof. Söderbaum**, begrüßte in einer Ansprache den Preisträger für Chemie **Dr. Erving Langmuir** aus den Vereinigten Staaten. Langmuir empfing seinen Preis aus der Hand des Königs. Hiernach folgte die Aushändigung des Preises für Physiologie und Medizin, der den englischen Professoren **Charles Sherrington** von der Universität Oxford und **E. D. Adrian** von der Universität Cambridge zuerkannt worden ist. An sie hielt im Namen der Nobel-Stiftung Prof. **Lilljestrand** eine Ansprache. Sodann feierte der schwedische Dichter **M. Anders Oesterling** den englischen Schriftsteller **John Galsworthy**, der den Preis für Literatur erhielt. Die Versammlung sang alsdann die schwedische Nationalhymne.

Schlimmer Ausgang einer Schwarzfahrt

Auf der Landstraße Perleberg—Wittenberge hat sich Sonntag gegen 3 Uhr morgens ein folgenschweres Autounglück ereignet. Ein Kraftwagen, der von dem Hamburger Otto Cölln, dem Chauffeur des Besitzers, zu einer Schwarzfahrt benutzt wurde, fuhr mit 120 Kilometer Geschwindigkeit gegen einen Baum; die Insassen wurden herausgeschleudert, drei, zwei Mädchen und ein Kellner, waren auf der Stelle tot, der Chauffeur selbst und der vierte Insasse wurden schwer, jedoch nicht lebensgefährlich verletzt.

Zahlungstermin 15. Dezember

Die Debatte in Frankreich

Der auswärtige Ausschuß der französischen Kammer hat mit 24 gegen 6 Stimmen, der Finanzausschuß der Kammer mit 25 gegen 4 Stimmen (bei zwei Enthaltungen) die von dem Unterausschuß vorbereitete Entschließung in der Schuldenfrage angenommen. Zu beachten ist hierbei, daß jeder der Ausschüsse an sich 44 Mitglieder zählt. Im auswärtigen Ausschuß erzielte ein Antrag auf Zahlungsverweigerung nur fünf Stimmen. Im Finanzausschuß wurde ein Zusatz angenommen, der die Sympathie Frankreichs für England zum Ausdruck bringt.

Die Entschließung, die dem Ministerpräsidenten von einer Abordnung überbracht worden ist, beginnt mit der Beteuerung, daß Frankreich nicht an einen einseitigen Bruch frei übernommener Verpflichtungen denke, weist aber dann darauf hin, daß der wesentliche Umstand für die Schuldenregelung zwischen Frankreich und Amerika unbestreitbar das Regime der Zahlungen gewesen sei, die Frankreich von Deutschland auf Grund der bestehenden Verträge erwartet habe. Die Wiederaufnahme des Zinsendienstes könne französischerseits daher nur ins Auge gefaßt werden, wenn man den wichtigsten Teil der im Young-Plan vorgesehenen Zahlungsfristen wieder in Kraft setze. Eine derartige Maßnahme würde aber zur Annullierung der Abkommen von Lausanne führen und einen allgemeinen Bankerott herbeiführen, der für die Interessen der Vereinigten Staaten selbst schädlich wäre. Dadurch würden auch die Bemühungen um den Wiederaufbau und die Wiederaussöhnung Europas zerbrochen; dadurch würden überall wirtschaftliche und soziale Unruhen hervorgerufen, die zu ersparen die Politiker der Welt im Interesse des Friedens und der Zivilisation die Pflicht hätten. Aus allen diesen Gründen möge, so endet die Entschließung, die Kammer die Erklärung abgeben, daß die wesentliche Frage gegenwärtig der möglichst baldige Zusammentritt einer internationalen Konferenz sei, die allen internationalen Transferierungen ein Ende zu bereiten habe, die nicht durch Wert- oder Warenübergabe gerechtfertigt seien. Die Arbeiten dieser Konferenz müßten mit denen der Weltkonferenz verbunden werden. Die Zahlung am 15. Dezember könne nur dann zugelassen werden, wenn die Vereinigten Staaten vorher den Zusammentritt dieser Konferenz vor der nächsten Verfallsfrist annähmen.

Ueber die Entschließung der Kammerausschüsse verlautet noch, daß möglicherweise im Verlauf der Montagssitzung der Kammer, in der die Schuldenfrage zur Debatte steht, eine neue Formel aufgesetzt wird, zumal noch nicht feststeht, ob die Regierung die für die Zahlung am 15. Dezember notwendigen Kredite überhaupt beantragt. Möglicherweise könnte auch der Ministerpräsident am Montag bereits wieder neue Argumente in die Debatte werfen, was der Diskussion eine andere Richtung geben könnte.

England teilt Amerika den Beschluß über die Schuldenzahlungen mit

Aus London, 10. Dezember, wird gemeldet: Die Entscheidungen, die das Kabinett noch wegen der Schuldenzahlung vom 15. Dezember zu treffen haben wird, sind nur mehr technischen Charakters. Die Regierung hat die Absicht, in Gold zu bezahlen, und man studiert gegenwärtig die Transferfrage. Die Note, die ankündigt, daß die britische Entscheidung zugunsten einer Ausführung der Zahlung gefallen ist, wird jetzt an die Vereinigten Staaten abgehen. Wie Reuter erfährt, wird sie auf ein gemeinsames Studium der Schuldenfrage hinweisen, sowie darauf, daß nach Auffassung der zuständigen Stellen ein solches Studium zeitlich mit der Weltwirtschaftskonferenz zusammenfallen solle.

Die französische Regierung will an USA zahlen

Die französische Regierung hat in einem Kabinettsrat am Sonntag einstimmig den Beschluß gefaßt, der Zahlungsverpflichtung am 15. Dezember unter gewissen Bedingungen nachzukommen. Dieser Beschluß wird am Montagmorgen im Verlauf eines Ministerrates ratifiziert werden.

Der Wortlaut der Regierungsentschließung ist noch nicht bekannt und wird erst ausgearbeitet. In politischen Kreisen erklärt man jedoch, daß er sich im wesentlichen an den Entschließungsantrag anlehnt, der am Sonnabend von den beiden Kammerausschüssen angenommen und dem Ministerpräsidenten unterbreitet worden war.

Am Montagnachmittag wird der Ministerpräsident zu Beginn der Kammersitzung den Entschluß der Regierung bekannt geben und bei der Abstimmung die Vertrauensfrage stellen.

Herriot hatte am Sonntagvormittag noch eine Unterredung mit dem englischen Botschafter in Paris, Lord Tyrrell, wobei das gemeinsame Vorgehen beider Regierungen wiederum offenbar wurde.

Litauen bittet um Zahlungsaufschub

Aus Washington, 10. Dez., wird gemeldet: Litauen hat in einer Note an das Staatsdepartement um Aufschub der am 15. Dezember fälligen Zinsrate in Höhe von 92 000 Dollar sowie um Revision des Schuldenabkommens ersucht. Im Staatsdepartement betont man, daß angesichts der Weigerung des Kongresses, auf die in einer Einheitsfront gegen Amerika gerichteten Forderungen um Zahlungsaufschub einzugehen, nichts anderes übrig bleibe, als auf Zahlung zu bestehen. Man ist sich hier über die bedenklichen Folgen, die ein Zahlungsverzug nicht nur für den Kredit des Schuldnerstaates, sondern auch für die freundschaftlichen politischen Beziehungen zu ihm hätte, klar und hofft daher, daß am 15. Dezember sämtliche fälligen Schuldenraten in irgend einer annehmbaren Form geleistet werden.

Hoover bringt das Kriegsschuldenproblem in die Weltwirtschaftskonferenz?

In einer Washingtoner Meldung der Times heißt es, unterrichtete amerikanische Kreise kommentierten jenen Teil der amerikanischen Antwortnote an England, in dem von einem „Gremium" zur Lösung des Kriegsschuldenproblems die Rede ist, dahin, daß Hoover dabei an die von England inspirierte Weltwirtschaftskonferenz gedacht habe. Es sei Wunsch des Präsidenten, so rasch wie möglich eine Delegation zu dieser Konferenz zusammenzustellen, die in der Hauptsache aus führenden Demokraten zusammengesetzt sein soll; die Delegation soll ermächtigt sein, den in der amerikanischen Note aufgeworfenen Gedanken der „greifbaren Kompensationen" praktische Gestalt zu geben und die Frage der Auslandschulden in dieser Hinsicht zu erörtern. Der Korrespondent will wissen, daß dieser Plan, von dem natürlich noch nicht feststeht, ob er durchgeführt werden soll, anscheinend nicht Roosevelts Zustimmung erlangt habe. Allein Präsident Hoover benötige ja nicht die Bewilligung des Kongresses für die Zusammensetzung der Delegation. Der Kongreß habe lediglich die Kosten zu bewilligen, und es bestehe kein Grund anzunehmen, daß er diese Bewilligung verweigern werde.

Ein Antrag auf Abschaffung der Linienschiffe in USA

Das demokratische Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses **McClintic** hat einen **Gesetzentwurf** ausgearbeitet, der vorsieht, daß **sämtliche 15 Linienschiffe der Vereinigten Staaten außer Dienst gestellt** werden sollen. McClintic ist ein eifriger Befürworter der **Anschaffung schnell fahrender Flugzeugmutter-Kreuzer**. Er behauptet, daß die Linienschiffe zu langsam führen, schwer zu manövrieren seien und daher den angreifenden feindlichen Flugzeugen ein gar zu leichtes Ziel böten.

Der Vorsitzende des Marineausschusses des Repräsentantenhauses sagte eine eingehende Prüfung des Gesetzentwurfes zu. Der Leiter der Marineluftstreitkräfte, Admiral Moffet, weist in seinem Bericht an das Marinestaatssekretariat auf die Notwendigkeit hin, möglichst bald die in dem Londoner Flottenabkommen den Vereinigten Staaten zugestandenen elf Flugzeugmutterschiffe zu bauen.

Japanische Vorschläge für die Flottenabrüstung

Die seit längerer Zeit angekündigten neuen japanischen Vorschläge für die Flottenabrüstung sind am Samstag in Genf im Wortlaut veröffentlicht worden.

Die japanische Regierung erklärt, daß sie sich stets bemüht habe, in Zusammenarbeit mit den anderen interessierten Gruppen zum Erfolg der gegenwärtigen Abrüstungskonferenz beizutragen. Sie habe die verschiedenen Vorschläge, insbesondere die amerikanischen und die englischen, ernsthaft geprüft, aber feststellen müssen, daß diese Vorschläge gewisse Punkte enthielten, denen die japanische Regierung nicht zustimmen könne. Die neuen japanischen Vorschläge sehen eine

Korrektur des Abkommens von London und Washington

in der Weise, daß bei den Linienschiffen und Schlachtkreuzern nicht mehr die Gesamttonnage der drei Hauptseemächte in das Verhältnis 5:5:3 gebracht wird, sondern daß eine feste Zahl der jeder Macht gestatteten Schiffseinheiten und gleichzeitig eine Gesamttonnage der einzelnen Schiffskategorien vereinbart wird. Danach würde zum Beispiel für England und Amerika die Zahl der Linienschiffe elf und die Tonnage 275 000 Tonnen betragen, während für Japan die Zahl der Linienschiffe auf acht mit insgesamt 200 000 Tonnen festgesetzt würde. Für die einzelnen Schiffstypen sind Höchstzahlen für Bestückung und Einheitstonnage vorgesehen. Die Höchsttonnage soll für Linienschiffe 25 000 Tonnen betragen, für Kreuzer der Klasse A 8000 Tonnen, der Klasse B 6000 Tonnen, für Torpedoboote und Torpedobootzerstörer 1500 Tonnen und für Unterseeboote 1800 Tonnen.

Die besondere Bedeutung der japanischen Vorschläge liegt in der von ihnen empfohlenen

neuen Verhandlungsmethode:

Japan hält es für unzweckmäßig, im Rahmen der Abrüstungskonferenz eine Gesamtlösung anzustreben, die unter Beteiligung aller Mächte ohne Rücksicht auf ihre Bedeutung und Interessen ausgearbeitet würde. Statt dessen sollen

zwischen den Hauptseemächten Vorbesprechungen über ein sogenanntes allgemeines Abkommen

stattfinden, das die bereits skizzierten Bestimmungen zu enthalten hätte. Dies allgemeine Abkommen soll durch regionale Abkommen ergänzt werden. Zu diesem Zweck sollen die Seemächte in vier geographische Gruppen eingeteilt werden, in eine pazifische, eine atlantische, eine europäische und eine südamerikanische Gruppe, wobei ein mit mehreren Gruppen eng verbundenes Land an den Verhandlungen aller in Betracht kommenden Gruppen teilnehmen soll. Bei diesem regionalen Abkommen soll der Grundsatz der qualitativen Abrüstung, den die japanische Regierung als Stärkung der Defensivkraft durch Schwächung der Offensivkraft interpretiert, unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Umstände der Länder durchgeführt werden. Die japanische Regierung empfiehlt dabei eine analoge Anwendung der Grundsätze des allgemeinen Abkommens, jedoch mit der Maßgabe, daß die Großmächte in einem stärkeren Prozentsatz abrüsten sollen als diejenigen Mächte, die an und für sich keine sehr erheblichen Seestreitkräfte besitzen. Im einzelnen wird

vor allem die Abschaffung der Flugzeugmutterschiffe empfohlen,

die nach japanischer Auffassung eine typische, für die Zivilbevölkerung gefährliche Angriffswaffe darstellen, weil sie einen Bombenangriff an die entlegenen Küsten herantragen können. Nicht geändert hat sich andererseits auch in den neuen japanischen Vorschlägen der japanische Standpunkt, daß die Unterseeboote besonders für die kleineren Mächte ein wichtiges Verteidigungsmittel darstellen und daher nicht abgeschafft werden können.

Erfolge der bolivianischen Truppen

Die bolivianische Heeresleitung gibt Berichte über Erfolge der bolivianischen Truppen bei Fort Munoz. Nach heftigem Kampf hätten die Truppen über die Streitkräfte der Paraguayaner im Gran Chaco-Gebiet einen bedeutenden Sieg errungen. Der Feind habe 300 Tote auf dem Schlachtfeld gelassen. Große Heeresbestände seien erbeutet worden. Der gesamte Flügel der paraguayanischen Armee sei aus seinen Stellungen geworfen.

Streiks in Spanien

Zusammenstöße und Plünderungen

In der spanischen Universitätsstadt Salamanca ist der Generalstreik erklärt worden. Die Streikenden plünderten die Läden, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Mehrere Plünderer trugen Schußverletzungen davon. Später mußten Infanterie- und Pionierabteilungen eingesetzt werden. Zur Wiederherstellung der Ordnung sind Polizeiverstärkungen aus Madrid herangezogen worden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der Streik hat sich auf die Provinz Salamanca ausgedehnt. Bisher sind 200 Ortschaften von der Streikwelle ergriffen worden. Der Autobusverkehr ist überall unterbrochen worden Auch in Nordspanien dauert der Streik weiter an. In Gijon haben Arbeiter die Bahngleise aufgerissen und elektrische Anlagen gesprengt, wodurch der Betrieb in mehreren Gruben stillgelegt worden ist. In Ovido ist der Stierkampfplatz in Brand gesteckt. Die Kommunisten fordern zu weiteren Sabotageakten auf.

Neuer politischer Mord in Bulgarien

Wie der Pester Lloyd aus Sofia erfährt, ist in Philippopel der Privatsekretär des dort wohnenden Millionärs Kutoglu namens Angl Kentschew, ein Anhänger der mazedonischen radikalen Gruppe Protagerow, auf der Hauptstraße vor dem französischen Konsulat von mehreren Personen durch Revolverschüsse getötet worden. Ein Täter konnte festgenommen werden. Er erklärte, daß er das Urteil eines den Protagerow-Anhängern feindlichen Komitees vollzogen habe; das Urteil sei ihm vor 20 Tagen zugestellt worden.

Australienflieger Klausmann in die Heimat zurückgekehrt



Der Funkwart Fritz Klausmann, der mit dem deutschen Australienflieger Bertram mehrere Wochen im australischen Busch verschollen war, ist jetzt wieder in seine Heimat zurückgekehrt. Er wurde von seiner Braut und von seinem Bruder (rechts) an Bord des Dampfers „Neckar" begrüßt, der ihn nach Bremerhaven gebracht hatte

Bezirksparteitag der KPD. aufgelöst

Der 14. Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei, der Samstag vormittag in der Dortmunder Westfalenhalle eröffnet wurde, ist auf Anordnung des Polizeipräsidenten wegen dringenden Verdachtes der Vorbereitung illegaler Maßnahmen aufgelöst worden.

Auflösung einer Versammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus

Die Polizei hob am Sonntag früh in Bremen eine von rund 160 Personen besuchte Versammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus auf. Die Maßnahme wird damit begründet, daß der Verdacht der Vorbereitung des Hochverrats gegeben war. Die Beamten beschlagnahmten umfangreiches Material.

Der Meinungsaustausch über die Auslieferung Supingwens

Die Meldungen über das Schicksal des Generals Supingwen, der sich mit seiner Armee auf sowjetrussisches Gebiet geflüchtet hat, veranlassen die Telegraphenagentur der Sowjetunion, den Meinungsaustausch zwischen dem Moskauer japanischen Geschäftsträger und dem stellvertretenden Volkskommissar für Aeußeres, Karachan, bekanntzugeben. Die Sowjetregierung hat sich danach entschieden geweigert, sowohl General Supingwen und dessen Anhänger auszuliefern, als auch die Bitte Japans nach Internierung der chinesischen Flüchtlinge entgegenzunehmen.

Lansbury für friedliche Beilegung des Konfliktes mit Persien

Der Führer der englischen Arbeiteropposition, Lansbury, erklärte in einer Rede, daß die Arbeiterpartei für die Beilegung des persischen Petroleumkonfliktes auf dem Schlichtungswege eintrete. Er deutete auf die Gefahr sogenannter „unglücklicher Zwischenfälle" hin und betonte, daß alles Petroleum in Persien nicht ein britisches Leben wert sei.

Unglückschronik

Tödlicher Unfall auf der Fahrt zu einer Protestversammlung

Ein Wagen mit 15 Nationalsozialisten, die zu einer Koblenzer Versammlung wollten, stieß etwa 10 Kilometer hinter Cochem gegen den Pfeiler einer Eisenbahnunterführung. Der 50 Jahre alte Jette aus Nennig an der Obermosel, Vater von zehn Kindern, war sofort tot, ein Insasse wurde schwer, zwei wurden leicht verletzt.

Unglückliches Ende einer Ballonfahrt

Aus den Haag wird gemeldet: Sonntag früh ging südlich der Stadt bei der Ortschaft Kwintsheul bei einer Baunernwirtschaft plötzlich ein Ballon nieder, der aus Düsseldorf stammt und dort mit vier Insassen aufgestiegen war. Einer der Insassen fiel aus dem Ballon, so daß er ernstlich verletzt wurde und in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Die andern drei Insassen kamen mit leichteren Verletzungen davon. Der Ballon wurde geborgen.

Kleine politische Nachrichten

Die Goethe-Medaille für Dr. Klages

Der Reichspräsident verlieh Dr. Ludwig Klages zum 60. Geburtstag die Goethemedaille in Anerkennung seiner Verdienste um die deutsche Wissenschaft.

Das Reichstagspräsidium beim Reichspräsidenten

Der Reichspräsident empfing das neugewählte Präsidium des Reichstages, Reichstagspräsidenten Göring und die Vizepräsidenten Esser und Löbe. Der zweite Vizepräsident Rauch konnte wegen Erkrankung an dem Empfang nicht teilnehmen.

Dr. Held beim Reichskanzler

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held, der sich in Berlin aufhält, ist vom Reichskanzler empfangen worden. Bei dieser Gelegenheit wurden innerpolitische Tagesfragen durchgesprochen.

Voraussichtlich Donnerstag Rundfunkrede des Kanzlers

Reichskanzler von Schleicher, der, wie angekündigt, im Laufe der Woche das Programm der Regierung in einer Rundfunkrede darlegt, wird diese Rede voraussichtlich am Donnerstag halten.

Die Arenen von Oviedo zerstört

Die großen Stierkampfplätze von Oviedo in Asturien, die zu den schönsten Arenen Spanien zählten, sind einem Riesenbrand zum Opfer gefallen. Die gewaltigen Anlagen, die 13 000 Zuschauer fassen konnten, sind völlig zerstört.

Ein Dokument der Gemahlin Napoleons III. gefunden?

Nach einer Meldung aus Perpignan haben Erdarbeiter in der Nähe des Dorfes Boulou, in einem morschen Baum eine Flasche mit einem Dokument gefunden, das die Liste der Kostbarkeiten und Wertsachen enthalten soll, die die Gemahlin Napoleons III., Eugenie von Montijo, einem gewissen Manuel Perez anvertraut habe, der sie ihrer Mutter in Madrid übergeben sollte. Diese Liste verzeichnet ein Perlenkollier, ein Geschenk des Zaren von Rußland, im Werte von 600 000 Francs, ein Brillantarmband, ein Geschenk des Schah von Persien, im Werte von 130 000 Francs sowie verschiedene weniger wertvolle Schmuckstücke. Außerdem wird eine Summe von zwei Millionen Francs in Banknoten genannt. Das Dokument ist sehr gut erhalten und trägt das kaiserliche Adlersiegel, den Stempel der Kanzlei und die unleserliche Unterschrift des Kanzlers. Man prüft jetzt die Echtheit des Schriftstücks und die darin enthaltenen Angaben.

Internationaler Ausschuß für Absatzorganisation

Die Internationale Handelskammer hat einen „Internationalen Ausschuß für Absatzorganisation" eingesetzt. Seine Arbeiten stehen unter Leitung von Sir Francis Goodenough, London, und Staatssekretär a. D. Prof. Julius Hirsch, Berlin.

Denn ich halte es dafür, daß dieser Zeit Leiden der Herrlichkeit nicht wert sei, die an uns soll geoffenbaret werden. Römer 8. 18.



Heute Vormittag um 10 Uhr nahm der Herr nach langem schweren, mit Geduld ertragenem Leiden, im Alter von 44 Jahren, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Emilie Adams

zu sich in die ewigen Wohnungen des Friedens.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen

W.-Barmen, W.-Elberfeld, Großbruch und Nüxhausen, den 10 Dezember 1932.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. Dezember, um 14.30 Uhr, von der Kirche Neuenhaus-Hilgen aus, statt.

Die Trauerfeier ist um 12.30 Uhr, im Sterbehause W.-Barmen (Hatzfeld) Grunerstraße 65.

Es wird gebeten, von Beileidsbesuchen und Kranzspenden Abstand zu nehmen.

Herrliche Eisbahn in Markusmühle!

Ich erteile Auskunft über

Steuer-Gutscheine

und stelle Anträge für Gewerbetreibende und Haus- und Grundbesitzer.

Willi Peters

Steuer- und Wirtschaftsberater, **Burscheid, Höhestraße 20, Telefon 485.**

Haus- und Grundbesitzer-Verein Burscheid

Unsern Mitgliedern zur Kenntnis, daß Formulare für Steuergutscheine beim Vorsitzenden Herrn Karl Thelen zu haben sind.

Der Vorstand.

Inserieren bringt Gewinn!

Bekanntmachung

Das Ergebnis der diesjährigen Stier- und Ebernachkörung wird hiermit bekanntgegeben.

Es wurden folgende Stiere bezw. Eber angekört:

1. Emil Hildebrandt, Wermelskirchen, Braunsberg, Arno, schw.-bunt, 16 Mon., Klasse 3.
2. Otto Kötter, Dabringhausen, Wenschebach, Arius, schw.-bunt, 20 Mon., Klasse 2—3.
3. Gebr. Rheinen, Dhünn, Unter-Pilghausen, Roman, rotbunt, 22 Mon., Klasse 2.
4. Wilh Hager, Hückeswagen, Engelshagen, Sokrates, schwarzbunt, 20 Mon., Klasse 1—2.
5. Karl Höhfeld, Hückeswagen, Elberhausen, Nero, schw.-bunt, 21 Mon., Klasse 2—3.
6. Otto Höhfeld, Bergisch-Born, Bertos, schwarzbunt, 32 Mon., Klasse 3.
7. Hugo Hager, Groß-Berghausen bei Hückeswagen, Anton, schwarzbunt, 22 Mon., Klasse 2.
8. Wilh Fischer, Rädereichen bei Radevormwald, Lord, schwarzbunt. 20 Mon., Klasse 3.
9. Emil Gesenberg, Altendorf bei Radevormwald, Dorn, schwarzbunt, 21 Mon., Klasse 3.
10. Herm. Knapp, Hinüber bei Radevormwald, Bodo, schw.-bunt, 21 Mon., Klasse 2—3.
11. E. Wellershaus, Filde bei Radevormwald, Eduard, schwarzbunt, 19 Mon., Klasse 3.

Angekörte Eber:

1. Wilh. Tenbergen, Burscheid, Rötzinghofen, Dentist, 12 Mon., Klasse 1—2.
2. Willi Thelen, Haus Steinbüchel, Post Schlebusch, Fritz, 18 Mon., Klasse 1—2.
3. Josef Strehrath, Großendriesch, Solo, 7 Mon., Klasse 2.

Opladen, den 5. Dezember 1932.

Der Landrat

J. V.: Roßberg, Regierungs-Assessor.

Schutz der Wassermesser und Wasserleitungen gegen Frost

Bei Eintritt der kälteren Jahreszeit besteht die Gefahr, daß die dem Frost ausgesetzten Wassermesser, sowie Leitungen einfrieren. Wir bitten, die Abnehmer von Wasser im eigenen Interesse die Wasserleitungen, Wassermesser und Armaturen genügend zu verpacken, damit keine Frostschäden entstehen. Die Abnehmer resp. Hausbesitzer, sind für alle durch Frost entstehende Schäden haftbar. Bei zugefrorenen Wasserleitungen darf nur mit heißem Wasser oder heißen Tüchern versucht werden aufzutauen. Offene Flammen sind zu vermeiden, da hierdurch die aus Leder und Gummi bestehenden Dichtungen vernichtet werden. Am besten ist es, die Arbeiten durch einen Installateur ausführen zu lassen. In jedem Falle ist das Gas- und Wasserwerk zu benachrichtigen.

Die Wasserleitungen an den Weiden müssen sofort abgestellt werden, die Zapfleitungen sind zu entleeren.

Burscheid, den 9. Dezember 1932.

Städtische Gas- und Wasserwerke: Dönicke.

Bekanntmachung

Die Firma Goetzewerk Friedrich Goetze, Aktiengesellschaft in Burscheid hat die Sicherstellung oder Verleihung des Rechtes

1. Das unterirdische Wasser in ihrem Grundstück Parzelle Nr. 150, Flur 4 der Gemeinde Burscheid mittels einer Quelle und des Brunnens II in einer Menge bis zu 12,5 cbm stündlich oder 112,5 cbm arbeitstäglich zutagezufördern und es für Betriebszwecke, als Frischwasser für die städtische Badeanstalt Burscheid, zum Viehtränken und zum Tränken der Blumen auf dem Friedhof (Parzelle Nr. 1411/2 und 857/2) zu gebrauchen und verbrauchen.
2. Das unterirdische Wasser in ihrem Grundstück Parzelle Nr. 1564 86 Flur 4 der Gemeinde Burscheid mittels des Brunnens I in einer Menge bis zu 4 cbm stündlich oder 40 cbm arbeitstäglich zutagezufördern und es für Betriebszwecke usw. zu gebrauchen und verbrauchen, beantragt. **Widersprüche** gegen die Verleihung oder Sicherstellung — und **Ansprüche** auf Herstellung und Unterhaltung von Einrichtungen oder auf Entschädigung sind bei der Wasserpolizeibehörde (Landrat) in Opladen, der die Leitung des Vorverfahrens übertragen worden ist, schriftlich in 2 Ausfertigungen anzubringen. Ferner sind andere **Anträge auf Verleihung** des Rechtes zu einer Benutzung des unterirdischen Wassers, durch welche die von der Antragstellerin bereits ausgeübte Benutzung beeinträchtigt werden würde, mit den unter Ziffer 2 bis 5 der III. Ausführungsanweisung zum Wasserg.tz vom 7. April 1913 vorgeschriebenen Unterlagen **der unterzeichneten Behörde** durch den Landrat in Opladen einzureichen. Die Frist für die Erhebung von Widersprüchen und die Anmeldung von Anträgen auf Verleihung oder Sicherstellung wird auf 4 Wochen festgesetzt. Der Fristenlauf beginnt mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung. Diejenigen, die innerhalb der Frist keinen Widerspruch gegen die Verleihung oder Sicherstellung erheben, verlieren ihr Widerspruchsrecht. Nach Ablauf der Frist gestellte Anträge auf Verleihung oder Sicherstellung werden in diesem Verfahren nicht mehr berücksichtigt. Wegen nachteiliger Wirkung können nur noch die im § 203 Abs. 2 und § 379 Abs. 4b des Wassergesetzes bezeichneten Ansprüche geltend gemacht werden.

Die Zeichnungen und Erläuterungen des Antrages liegen auf dem Rathaus Burscheid, Zimmer Nr. 7, während der Dienststunden zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig geltend gemachten Widersprüche, der Anträge auf Verleihung oder Sicherstellung der Ansprüche auf Herstellung und Unterhaltung von Einrichtungen und der Entschädigungsansprüche wird hiermit Termin auf **Dienstag, den 10. Januar 1933, Rathaus Burscheid, Zimmer Nr. 7,** anberaumt.

Die Erörterung findet auch im Falle des Ausbleibens eines Beteiligten statt.

Düsseldorf, den 26. Februar 1932.

Der Bezirksausschuß zu Düsseldorf, I. Abt.

Aktenzeichen: I. W. 50/1932
2

Veröffentlicht!

Burscheid, den 10. Dezember 1932.

Der Bürgermeister: Rohde.

Strümpfe-Anstricken -Neustricken

von 45 Pfg. an, mit oder ohne Wolle.

Theisen, Großhamberg 304. Bestellungen auch p. Postkarte.

Praktische Weihnachts-Geschenke

finden Sie bei

Sebastian Schmidt

Burscheid, Höhestraße 39 c

Auszieh-, Näh- u. Rauchtische
Kinderbetten
Schuhschränkchen
Flurgarderoben
Blumenkrippen, Fußbänke
Kindertischchen m. Stühlchen
usw.
Ferner die beliebten Holzspielwaren
Schubkarren
u. Puppenbettchen.
Alles aus eigener Anfertigung zu niedrigen Preisen.

Das herrschaftliche

Wohnhaus

mit schönem Obsthof u. Garten **Hauptstraße 94** ist ganz oder geteilt zu vermieten.

Näheres zu erfahren bei der **Bergischen Kerzenfabrik, Burscheid.**

Brillen

fachmännisch angepaßt schnell und preiswert bei

Haarsma

Uhrmacher-Optiker
Burscheid, Hauptstr. 66
Fernsprecher 598
Krankenkassenlieferant.

Otto Renzmann

Holz- u. Baustoffhandlung
Hilgen
Fernsprecher Amt Burscheid 527

Für die Herbstdüngung

Dornaper Weißstückkalk 99%
gemahl.
Brandkalk 82%
gemahl. kohlens. Kalk 95%

Waggonweise und in Autoladungen ab Lager u. frei Haus. Bestellungen werden noch angenommen.

Kipp & Grünhoff
Opladen, Telefon 45
Holz- u. Baustoffhandlung

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Burscheider Zeitung — Nr. 291 2. Blatt Montag, 12. Dezember 1932

Der Sonntag .....

Wer es noch nicht glauben wollte, daß wir im Winter mitten drin sind, dem hat es der Sonntag in einer Form bewiesen, die keinen Zweifel mehr übrig ließ. Ein eisigkalter Wind, von dem man in den Bergen sagt, daß er einem durch Mark und Knochen gehe, fegte von Osten her über das Land. In den Straßen der Stadt zwar merkte man nicht so sehr viel von ihm, aber wer einmal über Land ging, der bekam seine Heftigkeit und seine eisige Kälte, die wie mit spitzen Nadeln in das Gesicht und durch die Kleider stach, zu spüren, und der wird sich ganz gewiß nicht mehr gegen die Erkenntnis sperren, daß der Winter endgültig das Kommando übernommen hat. Selbst der Sonnenschein, der den ganzen Sonntag über anhielt, vermochte nichts an dem winterlichen Sonntag zu rütteln. Nachdem nun der Frost auch seine Kraft gezeigt hat und zwar deutlich genug, wird der Schnee sicherlich nicht mehr lange auf sich warten lassen und wir Weihnachten im Schnee verbringen dürfen.

*

Montagabend begegneten wir auf der Straße urplötzlich dem Nikolaus in langem, weißen Barte und in seiner Gefolgschaft dem bösen Knecht Rupprecht mit der drohenden Rute. Seltsam war das: eben noch beschäftigte man sich in seinen Gedanken mit irgendwelchen politischen oder wirtschaftlichen Fragen, die mit Weihnachtsstimmung so gar nichts gemein haben, da pilgert plötzlich so ein Stück heiliger alter Kinderromantik durch die Stadt und führt uns in der Erinnerung zurück in glücklichere, bessere Tage, da uns um diese Vorweihnachtszeit nur die eine Sorge beschwerte, ob uns der Weihnachtsmann auch für brav genug befinden würde, uns aus einem reich gefüllten Gabensack unser Teil mitzugeben!

Aber die Zeit ist trotz aller Sorgen und Nöte doch auch heute noch nicht so schlecht und verdorben, daß sie uns alle und jede Weihnachtsfreude nehmen könnte! Der Deutsche hängt mit allen Fasern an seiner Weihnacht, und er fühlt es heute mehr denn je, daß es nicht die Masse der Geschenke ist, die die Weihnachtsfreude ausmacht, sondern die herzliche Liebe, die auch mit der kleinsten, der unscheinbarsten Gabe noch reine Freude zu wecken vermag! Und dazu — glauben wir — langt es auch heute noch, trotz Not und Sorgen, die uns allerwärts, den einen mehr, den anderen weniger drücken. Es ist eine Freude, vernehmen zu können, daß die Notgemeinschaft fleißig und mit Erfolg bei der Arbeit ist, um auch denen eine Weihnachtsfreude zu vermitteln, die aus eigenem nicht mehr dazu in der Lage wären, denn wirkliche und reine Weihnachtsfreude wird sich doch nur dann verbreiten können, wenn man weiß, daß sie in bescheidenem Maße jedem unserer Volksgenossen bereitet werden kann!

Wenn man heute durch die Straßen der Stadt wandert, dann fallen schon die intensiven Vorbereitungen unserer Geschäftswelt ins Auge, die ihre Fenster geschmackvoll und betont auf das kommende Fest herrichtet. Aber noch ein anderes fällt auf, und zwar die besonderen Anstrengungen, die die Kaufläden hinsichtlich der Preisgestaltung machen, um jedem den Kauf eines kleinen Geschenkes zu ermöglichen. Der Geschäftsmann weiß es besser als jeder andere, daß er mit teuren Waren kein Geschäft mehr machen kann. Da muß er schon weitgehende und großzügige Konzessionen an das Christkind machen, wenn er auf Berücksichtigung hoffen will. Und daß er das heute tut, davon kann sich jeder, der auch nur einen flüchtigen Blick in die Schaufenster wirft, schnell und sicher überzeugen! Noch nie war das liebe Geld so teuer wie heute und noch nie hat man in der Wirtschaft solche Anstrengungen gemacht, um dieses Geld, dieses „Blut der Wirtschaft", auf dem „Laufenden" zu halten!

Man sieht Vater und Mutter, wie sie mit den Kleinen an der Hand an den Schaufenstern vorüberziehen und hört, wie das kindliche Plappermäulchen beim Anblick all der aufgebauten Herrlichkeiten stürmisch und aufgeregt seinen Wunschzettel an das liebe Christkind entwirft. Leider müssen die Eltern immer ein wenig dämpfen und darauf hinweisen, daß der Weihnachtsmann in diesem Jahre nicht so viel bringen werde, als sonst wohl. Ach, die lieben Kleinen, sie wissen und verstehen nicht, warum der allmächtige Weihnachtsmann arm ist, er, den sie doch für allmächtig und dessen Gebekunst sie für unerschöpflich halten! Man wird unwillkürlich wieder jung, wenn man sieht, wie diese Kinderwelt voll Begeisterung und Interesse ihre Stupsnasen an den Schaufenstern platt drückt und kaum fortzuziehen ist, wenn dahinter in strahlendem Lichte irgendeine kindliche Herrlichkeit aufgebaut ist.

So sind diese Wochen ausgefüllt mit der köstlichsten Weihnachtsvorfreude und — leider — auch mit dem Rechnen und Ueberlegen, wie es möglich sei, den lieben Angehörigen trotz Not der Zeit noch eine hübsche Weihnachtsfreude zu bereiten, Aber der Weihnachtsgedanke steckt allen Deutschen viel zu stark im Blute, daß er auch heute noch den Weg zur Erfüllung kleinster Wünsche findet. Dazu hilft unsere Geschäftswelt in nicht geringem Maße, indem sie die Möglichkeit gibt, bei billigster Preisberechnung und dennoch guter Qualität Aufträge an das liebe Christkind entgegenzunehmen!

Möge es drum auch im Notjahr 1932 gelingen, allen sich danach von Herzen sehnenden Menschen Weihnachtsfreude in äußerlich zwar bescheidenem, dafür aber innerlich umso reicherem Maße zu geben!

*

Sitte und Brauchtum ist nicht starr und fest, es wandelt sich auch im Laufe der Zeiten. Die Aeltesten unter uns werden das bestätigen. Wer kannte in unserer Jugendzeit den Adventsstern? Aber jetzt, in der stillen und erwartungsvollen Adventszeit sehen wir erfreulicherweise ihn immer häufiger überall dort, wo man sich noch mit Freuden zum Christentum bekennt: Strahlend und zackig, weiß oder buntfarbig, hängt er in der Stube oder auf der Diele unserer Häuser. Wenn die langen Abende kommen, wird er von innen erleuchtet, und jeder, der den Raum betritt, sieht diesen Adventsstern und wird daran erinnert, daß wir dem Stern von Bethlehem entgegen gehen. Der Stern am Himmel ist Wegweiser für den auf dem weiten Meere fahrenden Seemann. Er ist Orientierungszeichen für den einsamen Nachtwanderer auf der Straße, er ist Trost und Hoffnung für den Kranken, Armen und Verlassenen, der des Nachts vor Unruhe nicht schlafen kann.

Neben diesem neuen und schönen Brauchtum müssen wir leider etwas anderes feststellen, das getadelt werden muß. In letzter Zeit macht sich ein merkwürdiger Sternenaberglaube in unserer Mitte breit, nämlich die Sternendeutung, die Astrologie. In Stadt und Land, in den kleinsten Dörfern und in den größten Großstädten gibt es sonderbare Menschen, die der Meinung sind, daß man das Schicksal eines Menschen mit all dem Leid und der Freude, mit all dem Gewinn und Verlust, mit all der Gesundheit und Krankheit, die einstmals kommen werden, aus den Sternen lesen könne. Für die einzelnen Tage werden Verhaltungsregeln gegeben. In jedem Zeitungskiosk kann man jetzt Zeitschriften kaufen, die sich um die Sterndeutung bemühen.

Der Adventsstern hat nichts mit diesem Humbug zu tun. Im Gegenteil, wo sein Sinn und seine Bedeutung ganz verstanden wird, wird niemals solcher Aberglaube aufkommen können. Der Adventsstern ist Sinnbild für den Stern in Bethlehem, Sinnbild für das Licht der Welt, das in Christus Jesus erschienen ist. Es ist das Licht, von dem die frommen Sänger aller Zeiten gesungen haben: „Das ewige Licht leucht't da herein und gibt der Welt einen neuen Schein", oder „Wie schön leuchtet der Morgenstern voll Gnad' und Wahrheit von dem Herrn".

Dieses Licht sollen die Menschen in der dunklen Nacht der Gegenwart sehen, die Heimatlosen, Verlassenen, Kranken und Elenden, aber auch die Gesunden und Fröhlichen. Aber nicht nur das, sie sollen auch zeugen von dem Licht und andere auf diesen Stern von Bethlehem hinweisen, der allen Menschen auf der ganzen Erde leuchten soll. Aber nicht nur das, wir alle sollen durch unser Sein und Tun selbst Lichtträger werden, weil dies das beste Zeugnis von dem Lichte ist. Wir sollen selbst Kinder des Lichtes werden und dafür Sorge tragen, daß wenigstens zunächst in unserer Umwelt die dunkle Nacht des Elends und des Jammers verschwindet. So hat uns jeder Adventsstern Vieles und Bedeutsames zu sagen.

Bilanz einer Jahresarbeit

Am vergangenen Samstagabend hielt die Burscheider Turngemeinde ihre Jahreshauptversammlung ab, die erfreulicher Weise sehr gut besucht war. Nach der Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden E. Wagner wurde das Protokoll der letzten Versammlung verlesen, aus dem besonders hervorzuheben ist, daß das Winterfest der Turngemeinde am 28. Januar stattfindet. Sodann erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Er teilte u. a. mit, daß die Mitgliederzahl des Vereins nicht nur gehalten, sondern sogar noch vergrößert werden konnte, ein gutes Zeichen in der heutigen schweren Zeit. Weiterhin ist aus dem Bericht noch zu erwähnen, daß in der Turngemeinde jetzt auch eine Tennisabteilung besteht. Die Kassenverhältnisse sind als gesund zu bezeichnen. Seine Ausführungen schloß Herr Wagner mit einem Dank an diejenigen, die sich im verflossenen Jahr dem Verein in selbstloser Weise zur Verfügung gestellt haben. Er forderte alle auf, auch im neuen Jahr weiterhin dem Verein die Treue zu halten und mitzuschaffen an der Erziehung der Jugend im Sinne der Deutschen Turnerschaft.

Sodann fanden die Neuwahlen der satzungsgemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder statt. Zum 1. Vorsitzenden wurde Erich Wagner wiedergewählt. Zum 2. Kassierer wurde Siegfried Höffner neugewählt. Zum 1. Schriftführer wurde Else Peters wiedergewählt. Zum 1. und 2. Zeugwart wurden Erich Klein und Rudi Günther neugewählt. Zum 1. Turnwart wurde Willi Wolter und zum 2. Turnwart Günther Heider wiedergewählt. 1. Spielwart wurde erneut Karl Hasenclever. Zu Jugendspielwarten wurden Rudi Maibücher und Werner Peters ernannt. Zum Sportwart und Pressewart wurde Richard Friedhoff wiedergewählt. Die Wahl des Jugendwartes wurde vertagt.

Nach den Wahlen wurde ein kurzer Kassenbericht erstattet und der Haushaltsplan für das neue Jahr in großen Zügen bekannt gegeben. Nach einer längeren Aussprache über einen Antrag zur Beitragsherabsetzung und einigen verschiedenen Mitteilungen wurde die Versammlung dann vom Vorsitzenden geschlossen.

Töten wildernder Hunde

Von Amtsgerichtsrat Dr. Carlstaedt in Polle

§ 6 Absatz 3 der Tier- und Pflanzenschutzverordnung vom 16. Dezember 1929 lautet: „Der zur Ausübung der Jagd Berechtigte und seine Beauftragten sind befugt, unbeaufsichtigt umherlaufende Hunde und Katzen zu töten. Als unbeaufsichtigt gilt ein Hund, wenn er ohne Begleitung oder von seinem Führer soweit entfernt ist, daß eine Einwirkung auf ihn nicht mehr möglich ist. Das Tötungsrecht besteht nicht gegenüber Hirtenhunden, Jagd-, Blinden- und Polizeihunden, solange diese zu ihrem bestimmungsmäßigen Dienste von den Berechtigten verwandt werden oder aus Anlaß der Ausübung dieses Dienstes sich vorübergehend der Aufsicht und Einwirkung ihres Besitzers entzogen haben usw."

Der § 303 StrGB lautet: „Wer vorsätzlich und rechtswidrig eine fremde Sache beschädigt oder zerstört, wird mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein".

Folgender Sachverhalt liegt zu Grunde: Der Jagdpächter A. ist auf den von dem Hundebesitzer B. gestellten Strafantrag hin in Anklagezustand versetzt, weil er in seinem Revier, worin der Schäferhund des B., wie er wußte, anläßlich von Spaziergängen des B., oftmals herumzustreifen pflegte, auf dem mutmaßlichen Wechsel des Hundes eine Raubzeugfalle aufgestellt hatte, offensichtlich mit dem von vornherein gefaßten Vorsatz, in der Falle den Hund zu fangen. Tatsächlich fing sich dann der Hund in der vom Angeklagten aufgestellten Falle, konnte diese Falle dann eine gewisse Strecke weit fortschleifen, bis sich die Kette der Falle derart im Gezweig und Draht eines Laubenganges verfangen hatte, daß sich der Hund nicht mehr fortbewegen konnte. Gemäß seinem von Anfang an gefaßten Vorsatz, tötete der Angeklagte jetzt den Hund, der seiner Freiheit völlig beraubt war, durch Erschießen. Die Strafkammer hat den Angeklagten freigesprochen, indem sie den äußeren Tatbestand des § 303 StrGB verneint hat, weil nach ihrer Meinung dem Angeklagten der § 9 Abs. 3 Satz 1 der Tier- und Pflanzenschutzverordnung vom 16. Dezember 1929 zur Seite stehe. Der Strafsenat des Kammergerichts hat durch Urteil vom 30. Juni 1931 i. S. 361/31, das Urteil der Strafkammer aufgehoben. Nach Auffassung des Kammergerichts war die Tötung des Hundes rechtswidrig. Die Ansicht der Strafkammer, daß dem Angeklagten der § 6 Abs. 3 Satz 1 der bezeichneten Verordnung als Schutz zur Seite stehe, ist rechtsirrig. Denn unter einem unbeaufsichtigt umherlaufenden Hunde, der nach § 6 der Verordnung von dem zur Ausübung der Jagd Berechtigten und seinen Beauftragten getötet werden darf, ist ein solcher Hund jedenfalls nicht zu verstehen, der im Augenblick der Tötung nicht mehr unbeaufsichtigt „umherläuft". In dieser Beziehung hat das Kammergericht sich auch für das Recht der Tier- und Pflanzenschutzverordnung vom 16. Dezember 1929 der zum früheren Rechte ergangenen Rechtsprechung des Reichsgerichtes in Strafsachen, vgl. z. B. Band 36 Seite 230, angeschlossen. Wenn sich daher ein Hund derart in einer Falle gefangen hat, daß er sich nicht mehr fortbewegen kann, so ist das Tötungsrecht nicht gegeben, selbst wenn das Einfangen des Hundes gerade zum Zwecke der Tötung erfolgt ist. Der Angeklagte hat sich daher einer vorsätzlichen und rechtswidrigen Zerstörung einer fremden Sache, begangen durch Tötung des Hundes, schuldig gemacht und ist daher gemäß gesetzlicher Vorschrift zu bestrafen.

Der vorstehenden Entscheidung des Kammergerichtes kann nur beigepflichtet werden. Die Tier- und Pflanzenschutzverordnung hat in Kreisen der Hundebesitzer scharfe Kritik heraufbeschworen, so daß es Sache einer verständigen Rechtsprechung sein muß, einer allzu laxen Auslegung des § 6 Abs. 3 Satz 1 der Verordnung durch Jagdberechtigte und ihre Beauftragten entgegenzutreten. Gewiß gebührt dem beim Wildern abgefaßten — nicht bloß vermuteten! — Hunde die Kugel; einem anerkannten aber Strafanzeige und Ersatzklage wider den Besitzer. Aber eben nur die Kugel, weder Falle noch Gift, wie's auch so oft gebraucht wird. Anders verhält es sich jedoch mit den zahlreichen, ja sogar weitaus meisten Hunden, die zufällig, ohne zu wildern oder diese Absicht zu haben, ein fremdes Jagdrevier vorübergehend unbeaufsichtigt durchstreifen. Hier würde man zu ganz unhaltbaren Ergebnissen kommen, wenn man einfach den Jagdberechtigten und sonstigen Nimroden das gesetzlich verbürgte Recht zuweisen wollte, diese doch größtenteils wertvollen Hunde einfach mit dem Schießgewehr abzuknallen oder durch Fallenstellen, Giftköder u. a. m. in das Hundeparadies zu befördern. Eine Bestrafung derartig übereifriger Jäger kann nur abkühlend wirken und auf jeden Fall das erfreuliche Ergebnis zeitigen, daß die nach dem heutigen Rechtszustand erlaubte Tötung fremder Hunde sich in der Hauptsache nur auf die Fälle beschränkt, wo die betreffenden Hunde entweder beim Wildern getroffen werden, oder doch begründeter Verdacht besteht, daß die Hunde bereits Wild zur Strecke gebracht usw. haben. Und dann sollte alles Fallenstellen auf Hunde wegen der äußerst schmerzhaften und rohen Fangweise, indem nämlich durch die zuschlagende Falle häufig der gefangene Lauf nicht bloß gequetscht, sondern auch der Knochen zerschlagen wird, und gar das — wie's mehrfach vorgekommen und ausgelobt ist! — Anlocken durch Schleifspuren

Ihr Sänger aus bergischen Gauen

Der Ausschuß für die Bergischen Heimatspiele erläßt folgenden Aufruf:

Im Sommer 1933 jährt sich zum achthundertsten Mal der Tag, an dem Graf Adolf von Berg feierlich einzog auf Schloß Burg.

Eine eindrucksvolle Feier des bergischen Volkes soll diesem denkwürdigen Ereignis gewidmet sein. — Heimatliebende Männer und Frauen des Bergischen Landes werden am 17. und 18. Juni 1933 zu einem

Heimatspiel aus der bergischen Geschichte

nach dem Grafenschloß wandern, um der Vergangenheit lebendige Gestaltung zu geben. — Ein großes Bekenntnis zum Heimatgedanken in des Wortes bester Bedeutung wird uns aus schwerer Not heraus über den Alltag erheben. — Nichts kann die Liebe zu Volkstum und Heimat so stark und innig zum Ausdruck bringen, wie Heimatklänge und Heimatgesänge. Darum an Euch alle, Ihr bergischen Sänger ergeht nunmehr der Ruf:

strömt herbei zu einem Massenchor

und laßt jubelnde Weisen erschallen über Täler und Höhen, Euch zur Ehre und unseren wälderberauschten Landen zum Ruhm.

Eine große Aufgabe harrt ihrer Erfüllung. Kommt einmütig und freudig in großer Schar und laßt vor bergischen Frauen und Männern flammende Chöre in leuchtender Schönheit erschallen. Die stolze Heimat verlangt nach Euch

helft mit am heiligen Werk!

Ausschuß für die Bergischen Heimatspiele
Dr. Hartmann,
Oberbürgermeister, 1. Vorsitzender
Bezirksgruppe Remscheid, Unterbund Bergisch Land im Rhein. und DSB. Herm. Schumacher,
1. Vorsitzender.
Westdeutscher Chorverband
Walter Ackermann, 2. Vorsitzender.

des gut riechenden Köders oder mit Scheidenschleim und Urin einer heißen Hündin, gesetzlich verboten werden. Der Jäger, der zu solchen üblen Methoden greift, um „Hundebestien" (wie es so „schön" in den Jagdzeitungen heißt!) in seinem Revier auszurotten, hat dann wohl für immer das Recht verwirkt, von „Bestien" zu sprechen.

In Jägerkreisen scheint die Entscheidung des Kammergerichts nicht gerade freudig begrüßt worden zu sein. Das beweist eine Blütenlese aus Aufsätzen in den Zeitschriften „Wild und Hund" und „Deutsche Jägerzeitung" vom Oktober 1931. Diese Blütenlese von Aufsätzen aus den bekannten Jagdzeitschriften müßte eigentlich jedem Hundebesitzer oder Hundefreunde, der sehen kann und will, die Augen öffnen und ihm zeigen, wohin heutzutage die Reise geht. Die Bestrebungen der Jagdschutzverbände gehen nämlich auf nichts mehr oder weniger aus, als auf völlige Entrechtung der Hundebesitzer, die letzten Endes nur noch schmackhafte Steuerobjekte sein sollen, im übrigen aber ihren vierbeinigen Freunden nicht mehr die allerbescheidenste Freiheit im Auslauf gewähren dürfen, wollen sie nicht Gefahr laufen, ihre doch größtenteils wertvollen Hunde ersatzlos der Büchse, Falle oder Gift eines beliebigen Nimrods preisgegeben und obendrein noch mit Geld oder Haft bestraft zu werden! Was ist dagegen zu tun? Nun, einheitlicher Zusammenschluß aller Hundebesitzer und Hundefreunde, mit dem immer und immer wieder an den zuständigen Stellen geäußerten Wunsche, an Stelle der von den Jagdverbänden gewünschten Verschärfung der Schutzverordnung im Gegenteil eine künftige Vermilderung der Verordnung zu erreichen. Wie soll gemildert werden? Nun, vor allen Dingen sollte alles Fallenstellen oder Giftlegen auf Hunde gesetzlich verboten und unter Strafe gestellt werden! Und dann sollte den Jagdberechtigten und ihren Beauftragten nur gestattet werden, Hunde, die sie beim Wildern abfassen oder dabei antreffen (nicht bloß vermuten!), mit der Kugel zu töten, im übrigen sollte das wahllose Töten von frei umherlaufenden Hunden verboten und unter Strafe gestellt werden. Erst dieser Rechtszustand würde der Mordhetze oder Mordseuche in bezug auf nützliche und wertvolle Haustiere seitens gewisser Jägerkreise ein schnelles Ende bereiten. Der wirkliche Jäger wird auch den Hund im Revier weidmännisch ansprechen; die schlimmen sind wohl erfahrungsgemäß manche städtischen Jagdpächter, die aus den verschiedensten Gründen in „ihre" Jagd fahren und auf alles knallen, und deren Angestellte, die sich durch Vorzeigen von Hundeschwänzen „lieb Kind" machen wollen. Zum Schluß möchte ich den Hundefeinden, die im Hunde nur die Bestie oder das mehr oder minder gezähmte Raubtier sehen, das schöne Dichterwort zurufen: „Ihr liebt die treuen Hunde nicht, weil euren Herzen fremd geblieben, was aus der Hundeseele spricht und wie ein Hund vermag zu lieben. Das Tier seht ihr im Hunde nur, geschaffen, willig euch zu dienen, euch ist der Schöpfer der Natur in seinem Wesen nie erschienen. Kommt nur ins Elend erst einmal; von allen, die ihr liebt, verlassen, und fühlet der Enttäuschung Qual, dann lernt ihr Hundetreue fassen. Wenn unsere Hände er beleckt, aus klugen Augen auf uns schauend, die Pfote uns entgegenstreckt, nur uns ergeben und vertrauend, dann regt der feste Glaube sich, weil uns ein Wesen treu geblieben, dann lernt man unerschütterlich den Schöpfer im Geschöpfe lieben. Und wenn ihr das Gefühl nicht kennt, ich euch zu sagen mich nicht scheue, vom Hunde, den ihr „Köter" nennt, lernt eine Tugend, lernt die Treue".

Aus der Gemeinde Odenthal

Von der Schule Altenberg

Die Schulamtsbewerber Peter Mertens und Heinz Rüter wurden endgültig an der Schule Altenberg angestellt.

Pakete für die Nothilfe bereithalten

In den nächsten Tagen werden die Pakete für die Nothilfe für den Monat Dezember abgeholt werden. Es wird darum ersucht, diese bereitzuhalten, damit die Sammlung flott vonstatten gehen kann.

Angekörte Stiere und Eber

Im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe wird eine Bekanntmachung des Landrats veröffentlicht, in der das Ergebnis der diesjährigen Stier- und Ebernachkörung mitgeteilt wird.

Weihnachtsrückfahrkarten schon ab 12. Dezember

Die Reichsbahn hat die Ausgabe der Festtagsrückfahrkarten zu Weihnachten durch eine längere Vorverkaufsfrist erleichtert. Bereits vom neunten Tage vor dem ersten Geltungstage, also von Montag, den 12. Dezember, ab, sind die Festtagsrückfahrkarten bei den Fahrkartenausgaben und den MER-Büros zu haben. Auch Platzkarten sind von diesem Tage an in den MER-Stellen zu erhalten. Wie bereits gemeldet wurde, ist in diesem Jahre die Geltungsdauer der Festtagsrückfahrkarten zu Weihnachten und Neujahr auf drei Wochen festgesetzt.

Bildtelegraphie

Im Bildtelegraphenverkehr mit Argentinien sind vom 1. Dezember an die Gebühren erheblich gesenkt worden. Die Uebermittlung eines Quadratzentimeters Bildfläche kostet jetzt nur noch 1 RM, so daß die Mindestgebühr für ein Bildtelegramm 100 RM beträgt.

Postkarten

Alle Postkarten mit eingedruckter Freimarke zu 8 Rpf. (Freimachungswert 6 Rpf.) haben im Verkehr nach dem Auslande Ende November ihre Gültigkeit verloren. Im inneren deutschen Verkehr dürfen sie noch bis Ende Juni 1933 benutzt werden.

Annahme von Privattelegrammen in Schnell- und Eilzügen

Aus Anlaß des bevorstehenden stärkeren Reiseverkehrs in der Weihnachtszeit weist die Reichsbahn nochmals darauf hin, daß in den Schnell- und Eilzügen von den Reisenden Privattelegramme in offener Sprache bis zu 14 Wörtern durch Vermittlung des Zugpersonals aufgegeben werden können. Das Zugpersonal veranlaßt die Weitergabe der aufgegebenen Telegramme. Die Zugtelegramme können nach Orten in Deutschland und fast allen europäischen Ländern aufgegeben werden. Sie müssen in deutschen oder lateinischen Buchstaben niedergeschrieben sein. Sondervorschreibungen wie „D" (Dringend), „R P" (Antwort bezahlt), „X P" (Bote bezahlt) und Telegramme in verabredeter oder chiffrierter Sprache sind nicht zulässig. Für jedes Telegramm wird eine feste Einheitsgebühr (einschl. eines festen Zuschlages von 20 Rpf) erhoben, deren Höhe sich unter Zugrundelegung der Wortzahl 14 nach dem Wortgebührensatz des Bestimmungslandes des Zugtelegramms richtet.

Bewerbungen bei Behörden aussichtslos

Nach einer Zusammenstellung der Wohlfahrts-Korrespondenz sind die Aussichten für Zivilanwärter bei den Reichs- und preußischen Staatsbehörden auch 1932/33 schlecht. Bei der Reichspost beschränkt sich die Neuaufnahme von Beamten hauptsächlich auf die Einstellung von Versorgungsanwärtern im mittleren und unteren Dienst. Die zur Ergänzung des Nachwuchses im höheren und gehobenen mittleren Dienst in Betracht kommenden Neueinstellungen sind in diesem Jahre zahlenmäßig so gering, daß sie für die Entlastung des Arbeitsmarktes nicht ins Gewicht fallen. Der Bedarf ist außerdem bereits gedeckt. Ob im Geschäftsjahr 1933 bei der Deutschen Reichsbahn Anwärter für den Beamtendienst eingestellt werden, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. In der Preußischen Justizverwaltung ist lediglich in den Laufbahnen des oberen Justiz- und Strafvollzugsdienstes, deren Stellen nur zu 50 v. H. den Versorgungsanwärtern vorbehalten sind, im kommenden Jahr mit der Neueinstellung von Zivilanwärtern zu rechnen.

Der Umfang der Zulassungen unterliegt der Vereinbarung mit dem preußischen Finanzminister. Die Besetzung von mittleren und unteren Beamtenstellen in der Preußischen Unterrichtsverwaltung bei den Provinzialschulkollegien kann fortan nur noch mit 10 v. H. durch Zivilanwärter erfolgen. Da es sich bei diesen Laufbahnen ausschließlich um Einzelstellen handelt, so läßt sich nicht übersehen, ob und wann im Laufe des nächsten Jahres Zivilanwärter für diese Stellen angenommen werden können. Die Bewerberlisten für Zivilanwärter für die Laufbahn der Regierungssekretäre in der Preußischen Finanzverwaltung sind bis auf weiteres geschlossen. Im Laufe des nächsten Jahres ist mit Neueinstellungen nicht zu rechnen.

Mehr als 30 Kilometer?

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat in einer Eingabe an den Reichsverkehrsminister darum ersucht, die Bestimmung des Kraftfahrzeuggesetzes in Wegfall kommen zu lassen, nach der nur mit einer Geschwindigkeit von 30 Kilometer eine geschlossene Ortschaft durchfahren werden darf. In Begründung seines Vorschlags führt der Oberpräsident aus, daß die vorgeschriebene Verminderung auf 30 Kilometer in den meisten Fällen nicht eingehalten werde. Es liege zu einer solchen Verkehrsbeschränkung aber auch kein Anlaß vor, weil in einer andern Bestimmung des Kraftfahrzeuggesetzes ausdrücklich vorgeschrieben sei, daß jeder Kraftfahrer stets so fahren müsse, daß er sein Fahrzeug in der Hand habe und in jedem Augenblick von Gefahr zu deren Vermeidung anhalten könne.

Es stimmt, daß die meisten Kraftfahrer auch in geschlossenen Ortschaften schneller als 30 Kilometer fahren. Seitdem bereits vor mehreren Jahren durch eine Verordnung der Polizei die Möglichkeit genommen wurde, die Schnellfahrer durch Abstoppen einer festgelegten Strecke zu ermitteln und zu bestrafen, ist diese Bestimmung fast wertlos geworden. Dennoch hat sie, wie die Erfahrung lehrt, viele Kraftfahrer doch veranlaßt, in geschlossenen Ortschaften die Geschwindigkeit herabzumindern. Es bleibt zu befürchten, daß bei einer Aufhebung der Vorschrift auch diese Hemmungen fallen.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Eine unklare Geschichte aus Dünnwald

Leverkusen-Schlebusch, 12. Dez. Am Sonntag gegen 4 Uhr will, nach Mitteilung des Landjägerpostens, nahe Dünnwald ein Radfahrer überfallen worden sein, der nach Düsseldorf unterwegs war. Der Mann gab an, daß ihn plötzlich irgendwer von hinten mit den Worten angerufen habe: Haltet den Räuber. Darauf habe ein Schuß gekracht, und nun will der Radfahrer sofort einen starken Schmerz im Gesicht empfunden haben. Man brachte den Anzeigenden zum Arzt, der feststellte, daß in der Tat ein Schuß auf den Radfahrer abgefeuert worden und eine Reihe von Schrotkörnern ihm in die Wange gedrungen ist. Er hatte dabei Glück, daß ihm kein Auge verletzt wurde. Da die Vernehmung des Mannes, dessen Verletzungen übrigens nur leichterer Natur waren, ein recht unklares Bild der Vorgänge ergab, wurde er von der Polizei festgehalten. Inzwischen wurde bekannt, daß der Inhaber der Wirtschaft Dackweiler in Dünnwald, Odenthaler Straße, nachts drei verdächtige Leute bemerkt hatte, die sich in auffälliger Weise an seinem ziemlich einsam gelegenen Anwesen zu schaffen machten und offenbar einen Einbruch vorhatten. Um die Leute zu verscheuchen, gab er auf sie aus seinem Jagdgewehr einen Schuß ab, worauf die Burschen flüchteten. Offenbar wurde hierbei der Mann, der sich bei der Polizei gemeldet hatte, verletzt. Die weiteren Ermittlungen müssen nun ergeben, ob die verdächtigen Leute tatsächlich unlautere Absichten hatten.

Um die Langenfelder Mittelschule

Langenfeld, 12. Dez. Der Kultusminister hat entschieden, daß die in dem vorgelegten Unterrichtsplan der Langenfelder Mittelschule vorgesehenen Klassenverbindungen zulässig sind, der Unterricht mit vier hauptamtlichen Lehrkräften und einer Hilfskraft weiter geführt werden kann und die Schule dann die Berechtigung einer Mittelschule behält.

Verurteilter Einbrecher

Leichlingen, 12. Dez. Ende September wurden in Förstchen aus einem Stall Hühner und Kaninchen gestohlen; auch nahmen die Diebe einen Zentner Obst mit. In einer der nächsten Nächte wurde in ein Wirtschaftsgebäude am Adler eingestiegen; die Diebe ließen sechs Zentner versandfertiges Obst mitgehen. Als Täter wurden kurz darauf ein hiesiger Erwerbsloser und ein Ehepaar aus Düsseldorf ermittelt. Die Haussuchung bei dem Erwerbslosen förderte auch eine geladene Schußwaffe zutage. Zu der Verhandlung vor dem Schöffengericht in Düsseldorf am Freitag waren nur der Leichlinger und die Frau aus Düsseldorf erschienen; deren Mann ist vor kurzem tödlich verunglückt. Der Leichlinger wurde zu acht Monaten, die Frau zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Aus der näheren Umgebung

Remscheid

Bankenzusammenschluß im Bergischen

Nachdem vor einigen Tagen die Wipperfürther Volksbank in ihrer Generalversammlung ihr Aufgehen in der Bank für Handel und Gewerbe in Remscheid-Lennep beschlossen hatte, faßte jetzt auch die Bank für Handel und Gewerbe einen Beschluß, der diesem Zusammenschluß zustimmt. Die Vereinigung soll am 1. Januar 1933 vollzogen werden.

Wuppertal

Auch ein Zeichen der Wirtschaftsbelebung

Nach einer Mitteilung der Stadtverwaltung hat der Stromverbrauch in Barmen und Ronsdorf im Monat November um 240 000 Kwst. gegenüber dem Verbrauch im gleichen Monat des Vorjahres zugenommen. Diese Steigerung ist umso höher zu bewerten, als seit 1929 ein ständiger Rückgang zu verzeichnen war. Für Elberfeld und Randgebiete liegen keine Zahlen vor, weil die Versorgung durch eine gemischtwirtschaftliche Gesellschaft erfolgt. Der steigende Stromverbrauch wird schon seit Juni beobachtet, und die Stadtverwaltung ist der Ansicht, daß er in erster Linie auf die starke Abnahme durch die Industrie zurückzuführen ist.

Fingerhut-Prozeß wieder vertagt

In der Verhandlung am Samstag im Fingerhut-Prozeß war der Angeklagte wieder nicht erschienen. Der Gerichtsarzt, der sich zu dem Angeklagten begeben hatte, teilte später dem Gericht mit, daß Fingerhut infolge Ueberanstrengung von einer vorübergehenden Beinlähmung befallen und verhandlungsunfähig sei. Montag werde er wahrscheinlich wieder an der Sitzung teilnehmen können. Der Vorsitzende bemerkte dazu, daß am Montag auf jeden Fall eine Verhandlung stattfinden solle und wenn nicht anders möglich, ohne den Angeklagten. Am Montag sollen die Sachverständigengutachten gehört und die etwa 150 Seiten umfassenden Beweisanträge der Verteidiger besprochen werden.

Weihnachts- und Neujahrsverkehr

Die Post bittet, Weihnachtspakete möglichst frühzeitig zu versenden, sonst stauen sich die Pakete in den letzten Tagen vor dem Fest und kommen verspätet in die Hände der Empfänger. Es wird gebeten, die Pakete recht dauerhaft zu verpacken, die Aufschrift haltbar anzubringen und den Bestimmungsort besonders groß und kräftig niederzuschreiben. Auf dem Paket ist auch die vollständige Anschrift des Absenders anzugeben und in das Paket obenauf ein Doppel der Aufschrift zu legen. Auch Päckchen müssen haltbar verpackt und gut verschnürt werden, Hohlräume sind mit Holzwolle oder anderem Füllstoff auszufüllen, damit die Sendungen bei der Beförderung in Säcken und beim Stapeln nicht eingedrückt werden können. Sie müssen deutlich als „Briefpäckchen" oder „Päckchen" bezeichnet sein.

Während des Weihnachtsverkehrs einschl. 24. Dezember nehmen die Postanstalten Pakete auch außerhalb der regelmäßigen Schalterstunden ohne Erhebung der besondern Einlieferungsgebühr von 30 Rpf. an.

Am Sonnabend, den 24. Dezember, wird bei den Postanstalten wie in den Vorjahren der Dienst eingeschränkt. Die Postschalter werden im allgemeinen nur bis 16 Uhr offengehalten, der Telegrammannahme- und Fernsprechdienst wird nicht beschränkt.

Auch am Jahreswechsel wickelt sich der Verkehr glatter ab, wenn die Neujahrsbriefsendungen möglichst frühzeitig aufgeliefert und mit genauer Anschrift des Empfängers (Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk, Postbezirk und Zustellpostanstalt) versehen werden. Durch die Angabe der Zustellpostanstalt auf den Briefsendungen nach Berlin und andern Großstädten wird die Ueberkunft wesentlich beschleunigt. Es wird auch dringend empfohlen, die Freimarken für Neujahrsbriefe nicht erst am 30. und 31. Dezember, sondern früher einzukaufen, damit im Schalterverkehr keine Stockungen eintreten.

Billige Glückwunschtelegramme zu Weihnachten und Neujahr auch nach dem Ausland

Wie im Inlandsverkehr werden verbilligte Glückwunschtelegramme zu Weihnachten und Neujahr auch nach den meisten Ländern Europas und nach fast allen Ueberseegebieten angenommen, nach denen ein Kabel- oder Funkbriefdienst besteht. Nach einigen Ländern und mit Schiffen in See über die Küstenfunkstellen der Vereinigten Staaten von Amerika sind Glückwunschtelegramme mit feststehenden Textfassungen, von denen es 17 gibt, zugelassen. Ein Verzeichnis der Textbildungen ist bei jedem Postamt einsehbar. Bei solchen Telegrammen hat der Absender als Text nur die in dem Verzeichnis neben der gewählten Fassung stehende Nummer und die gewünschte Sprache anzugeben. Die dem Empfänger zugehende Telegrammausfertigung erhält den vollständigen, der gewählten Schlüsselnummer entsprechenden Text. Die Kosten für Glückwunschtelegramme sind nur halb so hoch wie die vollen Sätze, z. T. sogar noch geringer.

Nähere Auskunft bei den Post- und Telegraphenanstalten.

Schlußstrich unter Kapitel „Landesbank"

Die Sanierung der Rhein. Landesbank angenommen

Oberbürgermeister Dr. Jarres eröffnete am Samstag kurz vor 11 Uhr die Sitzung des Rheinischen Provinziallandtages. Nach Mitteilungen des Berichterstatters des Wahlprüfungsausschusses begründete als Berichterstatter

Dr. Silverberg

die Vorlage über die Finanzierung der Landesbank der Rheinprovinz. Er erklärte u. a., daß die Gemeinschaftsbank, wie in Aussicht gestellt wurde, bald gegründet werden solle. Die Gründung eile und dürfe sich nicht noch weiter verzögern, denn dieses Institut könne nicht entbehrt werden, weder für die öffentlichen, noch für die landwirtschaftlichen, noch für die Gewerbe- und Handwerkskredite. Die Uebertragung verschiedener Aufgaben der Landesbank auf die Sparkassen dürfe nicht dazu führen, daß sie die ureigensten Aufgaben der Sparkassen blockieren. Bezüglich der Landesversicherungsanstalt sprach Dr. Silverberg die dringende Bitte aus, daß auch für die Zeit nach dem 31. 3. 1931 den Erfordernissen der Landesversicherungsanstalt seitens der Reichsregierung Genüge geleistet werde. Der evtl. notwendig werdende Beamtenabbau der Landesbank müsse sich in dem Rahmen bewegen, wie es bei

anderen Banken geschehen sei. Durch die Erzbergersche Steuerreform sei die Finanzhoheit dem Reiche zugeführt worden. Finanzhoheit identifizierte sich nicht mit Steuerhoheit. Finanzhoheit schließe ein, daß die Oeffentlichkeit ein einheitliches Ganze bilde. In einer Zeit wie der heutigen, wo alles darauf abgestellt sei, durch Arbeitsbeschaffung die Wirtschaft wieder anzukurbeln, sei es erforderlich, den Kredit der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft nach jeder Richtung zu fördern. Es gelte jetzt, der Kritik an den öffentlichen Finanzen Einhalt zu tun. Der Redner betonte, daß die Finanzlage des Reiches nicht so schlecht sei, als daß sie nicht überwunden werden könne. Wir würden uns entschließen müssen, daß mit dem Steuerüberweisungssystem der Steuereinnahmen ohne Steuerhoheit der Gemeinden eine geordnete Steuerwirtschaft nicht geführt werden könne. Ein großer Teil der Verschuldung der Gemeinden sei hauptsächlich dadurch entstanden, daß mit kurzfristigen Krediten dauernde Einrichtungen geschaffen wurden. Für derartige Ausgaben müsse ein Extraordinarium im Etat vorgesehen sein. Dr. Silverberg erklärte, daß die vorgesehenen Maßnahmen zur Sanierung der Landesbank nicht geeignet seien, eine endgültige Sanierung derselben herbeizuführen, daß aber nach Auffassung des Ausschusses dieser Uebergang zu einer endgültigen Sanierung führen könne.

Nach der Rede Dr. Silverbergs erkannte der Zentrumsabgeordnete **Dr. Lentze** die Hilfsbereitschaft der zuständigen Stellen an, doch sei das Entgegenkommen zu gering gewesen.

Abg. Dr. Hartmann brachte für die Mehrheit der Arbeitsgemeinschaft die Annahme, für die Minderheit die Ablehnung derselben zum Ausdruck.

In einer Erklärung seiner Fraktion brachte der Abg. **Görlitzer** (Soz.) die Bedenken zum Ausdruck, die gegen die Annahme der Vorlage in der jetzigen Fassung bestänben

Der kommunistische Sprecher **Dunder** lehnte die Vorlage gleichfalls ab.

Sickmeyer (Nat.-Soz.) erklärte, daß durch die falsche Reichspolitik eine Schrumpfung des Kredit- und Geldwesens in Deutschland eingetreten sei. Es gehe nicht an, daß das, was Reichs- und Staatsregierung an der Landesbank verschuldet hätten, auf den Schultern der rheinischen Bevölkerung ausgetragen werde.

Abg. **Wetzler** (WP.) wandte sich gegen die Vorlage, während Abg. **Hense** (Volksdienst) in der Hoffnung, daß die jetzt getroffene Sanierung zu einer endgültigen führen werde, seine Zustimmung gab.

Landeshauptmann **Dr. Horion** trat nochmals warm für die Annahme der Vorlage ein, ebenso Dr. Silverberg.

Nachdem noch einige Abgeordnete das Wort ergriffen hatten,

nahm der Landtag gegen die Stimmen der Linksparteien den Beschluß des Provinzialausschusses über die Sanierung der Landesbank der Rheinprovinz an.

Er ermächtigte den Provinzialausschuß unter Zuziehung des Sonderausschusses des Provinziallandtages für Angelegenheiten der Landesbank etwa notwendig werdende Aenderungen des Sanierungsplanes mit der Reichs- und Staatsregierung zu vereinbaren. Außerdem wird der Provinzialausschuß, einem Zentrumsantrag entsprechend, ermächtigt, unter Zuziehung des Sonderausschusses die Gründung eines etwa notwendig werdenden besonderen landwirtschaftlichen Realkreditinstituts unter Haftung des Provinzialverbandes vorzunehmen.

Die Provinzialumlage

wird festgesetzt auf 11,97% der den Stadt- und Landkreisen für das Rechnungsjahr 1922 zufließenden Ueberweisungen aus Reichseinkommen- und Körperschaftssteuern und auf 11,9% der Hälfte des Landessatzes der 1932 in den Stadt- und Landkreisen zur Erhebung kommenden umlagepflichtigen Bürgersteuer sowie auf 16,51% der Realsteuern.

Hierauf erteilte der Präsident dem

Staatskommissar, Oberpräsident Dr. Fuchs,

das Schlußwort, in dem er erklärte, daß unter dem Kapitel Landesbank, das anderthalb Jahre die Rheinprovinz in Atem gehalten habe, ein vorläufiger Schlußstrich gezogen worden ist. Durch ihren heutigen Beschluß gaben Sie zu erkennen, daß Sie gewillt sind, die Dinge bei der Landesbank zu bereinigen und in Ordnung zu bringen, und daß Sie als Selbstverwaltungskörper auch nicht vor Beschlüssen zurückschrecken, die große Opfer auferlegen. Dr. Fuchs dankte der Reichs- und Staatsregierung für die gebrachten Opfer und gab dem Wunsche Ausdruck, daß bald ein neues Institut errichtet werden möge, das allen Ansprüchen gerecht werde und dazu beitrage, die Wirtschaft zu beleben und die ungeheuere Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Wer die Augen aufmachen wolle, müsse sehen, daß doch eine gewisse Beruhigung in Politik und Wirtschaft eingetreten sei, und so möge er annehmen, daß das Jahr 1932 das Jahr war, in dem wir auf der Talsohle marschiert seien, und er möge hoffen, daß das Jahr 1933 das Jahr werden möge, in dem wir den Berg hinaufgehen, und in dieser Hoffnung und in diesem Wunsche wünsche er allen ein recht gutes Weihnachtsfest und schließe damit den 79. Rheinischen Provinziallandtag.

Furchtbare Tragödie

Eine Ehefrau wirft ihre drei Kinder in den Kanal

Die 26jährige Ehefrau Margarete Konzilia aus der Brandstraße in Gladbeck erschien am Samstag vormittag auf dem Polizeiamt in Gladbeck und gab an, ihre drei Kinder getötet zu haben. Sie habe die siebenjährige Irmgard, die sechsjährige Margarete und den fünfjährigen Sohn Franz in Altenessen an der Zweigertbrücke in den Rhein-Herne-Kanal gestoßen, und sie seien alle drei ertrunken. Auch habe sie sich selbst das Leben nehmen wollen, aber im letzten Augenblick davon Abstand genommen.

Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen ergaben über diese traurige Tat folgendes:

Frau Konzilia war am Freitag nachmittag kurz vor 18 Uhr mit ihren drei Kindern nach Altenessen zur Zweigertbrücke gegangen. Hier hat sie zunächst den kleinen Franz über die Kanalböschung ans Wasser geführt und ihn dann in den Kanal gestoßen. Die beiden anderen Kinder konnten von ihrem Platz aus den Vorgang nicht beobachten und so ging als nächstes Opfer die kleine Irmgard arglos mit ihrer Mutter und wurde ebenfalls in den Kanal gestoßen, als letzte mußte die sechsjährige Margarethe das gleiche Schicksal erleben. Am Samstag vormittag gelang es im Beisein der Polizei, die Leiche des kleinen Franz zu bergen, während die beiden anderen Leichen noch nicht gefunden werden konnten. Die Täterin wurde festgenommen. Das Motiv der Tat ist in zerrütteten Familienverhältnissen zu suchen. Die Frau klagt sehr über schlechte Behandlung seitens ihres Mannes, der einmal wegen Körperverletzung vorbestraft ist. Frau Konzilia hatte sich seit einigen Tagen mit ihren Kindern vom Hause entfernt und hatte bei Bekannten vorläufig Unterkunft gefunden. Der Ehemann, der früher Bergmann war, ist als Handlanger beim Kirchenneubau in Gladbeck-Brauck beschäftigt.

Kohlen und Holz an Bedürftige im Saargebiet

Für 2 Millionen Franken

Die Regierungskommission des Saargebietes hat beschlossen, für eine Million Franken Kohlen zu beschaffen, die den Gemeinden zur kostenlosen Abgabe an bedürftige Familien zur Verfügung gestellt werden. Durch diese Maßnahme werden Tausende von Bergleuten für kurze Zeit Beschäftigung finden. Die Bergwerksdirektion hat sich bereit erklärt, besonders niedrige Preise einzuräumen. Soweit der Kohlentransport auf der Bahn erfolgt, wird die Eisenbahnverwaltung keine Fracht berechnen. Ferner hat die Regierungskommission beschlossen, in den staatlichen Waldungen des Saargebiets im Laufe des Winters für insgesamt eine Million Franken Holz fällen zu lassen, das den Gemeinden für den gleichen Zweck zugestellt wird. Die Holzbeschaffung wird es ermöglichen, daß etwa 1000 Erwerbslose auf ein bis anderthalb Monate Beschäftigung finden.

Freispruch

Der Fahnenjunker-Unteroffizier Karl Eberhardt, der unter seinen Kameraden auf der Dresdener Infanterieschule kommunistische Propaganda getrieben haben soll, wurde vom Reichsgericht wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Kunsthehler-Zentren

Die unter aufsehenerregenden Umständen erfolgte Verhaftung einer großen internationalen Kirchen- und Museums-Räuberbande, die durch Zusammenarbeit zwischen der deutschen, niederländischen, französischen und belgischen Polizei gelungen ist und die zur

Aufklärung des Einbruchs in das Fridolin-Münster in Säckingen

geführt hat, zieht weitere Kreise. Seit langem sind Amsterdam und Brüssel als die berüchtigsten Hehlerzentren nicht nur internationaler Juwelenräuber, sondern auch der sogenannten Kirchen- und Museumsspezialisten bekannt. Man weiß, daß sofort nach dem Bekanntwerden des Raubes der „Mona Lisa" aus dem Louvre französische, belgische und niederländische Detektive ihre Tätigkeit zunächst auf Amsterdam konzentrierten. Man kennt die geradezu vorbildliche Zusammenarbeit zwischen Verbrechern und Hehlern zur Realisierung der sogenannten „Gannoves" (von: Gannef; Mehrzahl: Gannovim), wie die Diebesbeute im Verbrecher-Jargon bezeichnet wird.

In Amsterdam, Haag und Brüssel

lebt eine Anzahl von Antiquären, durchweg hervorragende Kenner ihres Fachs, von der Bewertung und der „Plazierung" gestohlener Kunstwerke. In obskuren Ateliers werden

geraubte Plastiken und Bilder „umfrisiert".

So werden Flügelaltäre zersägt, die einzelnen Bildertafeln umgerahmt, Oelbilder zum Teil übermalt, zum Teil auf kleineres oder auf größeres Format gebracht. Aehnlich wird mit Skulpturen verfahren, die entweder neu polychromiert, manchmal gar enthauptet und mit gefälschten Köpfen versehen werden. Vor drei Jahren tauchten herrliche Byzantinische Zellenschmelz-Platten und Medaillons im Londoner und Newyorker Kunsthandel auf, die, wie sich später ergab, von einem überaus kostbaren Reliquiar, das sich ehemals in der berühmten russischen Sammlung Stroganoff befand, stammten. Das unersetzliche Meisterwerk der frühen byzantinischen Goldschmiedekunst, das der Tradition nach sich einst in der Palast-Kapelle des Kaisers Konstantinos Porphyrogenitos befunden haben soll, war von den Hehlern zersägt worden. Eine archaische Apollo-Statue des 6. Jahrhunderts, die auf Sizilien gefunden wurde und eines Tages auf bisher unerklärliche Weise aus einem staatlichen italienischen Museumsdepot verschwand, wurde in Brüssel regelrecht geköpft. Der Kopf gelangte später in eine englische Privatsammlung. Der Torso der einzigartig erhaltenen, noch mit den alten Tonfarben versehenen Plastik wurde an ein amerikanisches Museum verkauft, nachdem man zuvor, um alle Verdachtsmomente zu beseitigen, mit chemischen Substanzen die Polychromierung entfernt hatte. In internationalen Kunsthandelskreisen war der inzwischen verstorbene deutsche Kunsthandler Lippmann, der in der Nachkriegszeit längere Zeit in Holland weilte und von dem man weiß, daß er zahlreiche Kunstobjekte aus deutschem Fürstenbesitz nach England und Amerika verschoben hat, wegen seiner angeblichen Zusammenarbeit mit einigen dunklen holländischen Antiquitätenhändlern berüchtigt. Bekanntlich ist Lippmann später wegen Anstiftung zu dem Kunstraub auf der Kadolzburg zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden, die ihm später teilweise erlassen wurde. In Holland verlauten seit langem Gerüchte, daß Lippmann im Zusammenhang mit einer Reihe von bisher noch nicht aufgeklärten Museumsdiebstählen gestanden hat. Der Diebstahl der „eucharistischen Taube" aus Salzburg hat ein grelles Licht auf die Zustände in gewissen niederländischen Kunsthandelskreisen geworfen.

Aehnlich liegen die Verhältnisse in Brüssel. Hier hatte ein ehemals in Antwerpen wohnhafter Diamanthändler namens Hirsch, der in Verbrecherkreisen unter dem Namen

„Herschel-Gannef"

bekannt war, während der Kriegsjahre eine „Annahmestelle" für aus belgischen und französischen Museen zum Teil von ungetreuen Museumsbeamten gestohlenes Kunstgut organisiert. In dem Brüsseler Vorort Kelles unterhielt „Herschel-Gannef" in einem Lagerhaus

ein Arsenal von gestohlenen Bildern, Plastiken, Gobelins, Teppichen, Bronzen und Kirchengeräten, die ihm von belgischen Verbrechern geliefert

worden waren, und deren Raub man sich später nicht scheute, deutschen Soldaten zur Last zu legen. Diese Hehlerware wurde in den Jahren 1919 bis 1925 auf dem englischen und amerikanischen Markt abgesetzt.

Seit Ausbruch der Revolution in Spanien sind

ganze „stocks" von geraubten Kunstwerken aus spanischen Kirchen, Klöstern und Schlössern nach Paris, Brüssel, Amsterdam und London gelangt.

Es ist interessant und bezeichnend zugleich, festzustellen, wie sich die Hehlerorganisationen auf bestimmte Kunstgattungen spezialisieren. Für Amsterdam und Brüssel kommen fast ausschließlich Bilder und Porzellan, für Paris dagegen meist Bronzen, Plastiken, Goldschmiedearbeiten und Gobelins in Frage.

Aus niederländischen Kriminalistenkreisen wurde die

Anregung zur Schaffung eines internationalen Standard-Katalogs für geraubtes Kunstgut

gegeben. Diese Anregung soll vor allem bei deutschen, englischen und amerikanischen Kriminalisten auf günstigen Boden gefallen sein. In diesem Zusammenhang wird eine Verschärfung der Strafbestimmungen gegen Kunsträuber, -hehler und -fälscher vorgeschlagen.

Man kann überzeugt sein, daß die niederländischen und belgischen Behörden alles daran setzen werden, um zumindest den Kunst-Hehlerbanden das Handwerk zu legen. Gegen die Juwelenhehler muß der Kampf der Justizbehörden von vornherein als ziemlich aussichtslos erscheinen, da es hier ungleich schwieriger ist, Hehlerware nachzuweisen.

Deutsch-polnischer Wirtschaftsfrieden?

Die „Neue Zürcher Zeitung" veröffentlicht einen bemerkenswerten Bericht über die Frage einer deutsch-polnischen Wirtschaftsverständigung, zu der sich auf Grund zuverlässiger Berliner Informationen neuerdings gewisse Möglichkeiten ergeben sollen.

In den Ausführungen der N. Z. Z. heißt es: „Deutlicher als je drängen die Verhältnisse heute auf deutscher und polnischer Seite zu einer baldigen Verständigung. Weitblickende Wirtschaftskreise westlich und östlich der Grenzen, darunter auch die beiden kooperierenden Deutsch-Polnischen Komitees in Berlin und Warschau, sind trotz aller Mißerfolge nicht abgeschreckt, und versuchen immer wieder, einen Wirtschaftsfrieden herbeizuführen. Auch die polnische Regierung hat sich wiederholt zur Aufnahme von Verhandlungen auf Basis der gegenseitigen unbeschränkten Meistbegünstigung bereit erklärt. Leider hat sie aber bei der deutschen Regierung kein entsprechendes Entgegenkommen gefunden, wobei offenbar weniger wirtschaftliche Ursachen, als vielmehr Gründe des politischen Ressentiments eine Rolle spielen dürften. Gewisse Anzeichen können dahin gedeutet haben, als ob

auch in deutschen Regierungskreisen neuerdings mehr Geneigtheit zu einer, vielleicht vorerst nur begrenzten Verständigung unter gewissen Bedingungen zu erkennen

wäre. Angesichts der inzwischen eingetretenen Strukturwandlungen scheint man dabei auf beiden Seiten anerkennen zu wollen, daß eine solche Verständigung heute nicht mehr auf der Basis des nichtratifizierten Abkommens von 1930 zustandekommen könnte, das der heutigen wirtschaftlichen und handelspolitischen Lage beider Länder nicht mehr ausreichend Rechnung trägt.

Damals bestanden die hauptsächlichsten Zugeständnisse, die Deutschland nicht glaubte bewilligen zu können, in der Zulassung der Einfuhr eines bestimmten Kontingents polnischer Schweine und polnischer Kohle. Es handelte sich hierbei um die Einfuhr von 200 000 Schweinen jährlich, die später auf 350 000 Stück steigen sollte; da dies nur ein Prozent des damaligen deutschen Schweinebestandes ausmachte und gewisse andere Vorsichtsmaßregeln getroffen wurden, hätten die deutschen Schweinepreise hierdurch wohl nicht beeinflußt werden können. Heute dürfte Polen auf die Schweineausfuhr nach Deutschland aber kaum noch Wert legen angesichts der inzwischen erhöhten deutschen Schweinezölle und der bei stark gesteigerter Schweinehaltung sehr gefallenen deutschen Schweinepreise. Was das Kohlenkontingent anbetrifft, so war damals vorgesehen, daß Deutschland 3,8 Millionen Tonnen polnischer Kohle im Jahre aufnehmen sollte. Im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit im oberschlesischen Kohlenbergbau und angesichts der riesigen Haldenbestände erklärt man auf deutscher Seite, man sei heute zur Abnahme dieses Kontingents noch weniger als damals in der Lage. Die Stichhaltigkeit dieses Arguments wird aber auf polnischer Seite bezweifelt, wobei zwar zugegeben wird, daß diese Kohleneinfuhr weitere Produktionseinschränkungen im deutsch-oberschlesischen Kohlenbergbau zur Folge haben würde, bei den engen Verflechtungen zwischen den Montankonzernen auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze sei aber eine Verständigung innerhalb der beiderseitigen Kohlen- und Eisenindustrien wohl möglich, wenn nur die beiden Regierungen dies gestatten würden.

Es ergibt sich daraus, daß

die Verständigungsmöglichkeiten heute wesentlich größer erscheinen als 1930,

um so mehr, als auch in beiden Ländern die Hoffnungen, die man auf ein neues Wirtschaftsabkommen setzt, nicht mehr so hoch gespannt werden wie damals, was zur Erleichterung von Verhandlungen beitragen sollte. Daß eine Verständigung möglich ist, zeigt die Gründung des Mitte 1931 mit bestem Erfolg funktionierenden gemeinsamen staatlichen Exportbüros für deutschen und polnischen Roggen und das Holzabkommen, zeigen ebenso die mehr als hundert bestehenden Verträge zur Regelung einzelner Wirtschaftsfragen, die überwiegend zur Zufriedenheit beider Seiten arbeiten. Daß eine Verständigung heute notwendiger ist als je, ergeben die wachsenden Wunden des Wirtschaftskampfes und die Aufstellung des neuen polnischen Zolltarifs, der am 10. Oktober 1933 in Kraft gesetzt werden soll, und der diejenigen Staaten, mit denen Polen keinen Handelsvertrag besitzt, mit prohibitiven Zöllen belegt. Schon hat Polen auf Grund dieses neuen Tarifs die Verhandlungen mit Oesterreich aufgenommen, die mit anderen Ländern sollen in der nächsten Zeit und mit der Schweiz etwa zu Anfang 1933 folgen. Wenn auch der polnische Maximaltarif nur als eine Verhandlungsgrundlage angesehen werden kann, so wäre doch Deutschland das einzige große Lieferland Polens, das von diesen neuen Hochschutzzöllen getroffen würde. Vielleicht könnte eingewandt werden, daß die öffentliche Meinung in beiden Ländern gegenwärtig noch nicht zum Abschluß eines umfassenden Handelsvertrages reif sei. In diesem Falle könnte zunächst ein kleines Handelsabkommen geschlossen werden, das auf polnischer Seite Einfuhrerleichterungen für die wichtigsten deutschen Industrieerzeugnisse und auf deutscher Seite für entsprechende polnische Agrarprodukte vorsehen würde. Nicht nur im Interesse der beiden unmittelbar beteiligten und aufeinander angewiesenen Länder, sondern auch in dem einer Befriedung ganz Europas sollten die beiden Regierungen je eher desto besser daran gehen, den siebenjährigen Wirtschaftskrieg mit einem Verständigungsfrieden zu beenden und dadurch das ihre zu einer Milderung der Wirtschaftskrise beizutragen."

Unter dem Verdacht der Brandstiftung

Die polizeilichen Ermittelungen über den kürzlich gemeldeten Brand in dem Honnefer Ausflugslokal „Lindenhof" haben zu einem Ergebnis geführt, aus dem geschlossen werden kann, daß Brandstiftung vorliegt. Das Beweismaterial belastet zwei Männer aus Honnef, die festgenommen und dem Amtsgerichtsgefängnis in Königswinter zugeführt wurden. Einem der Festgenommenen konnte nachgewiesen werden, daß er am Tage vor dem Brand an einer Tankstelle in Unkel 20 Liter Benzin gekauft hat, womit er in Richtung Honnef davongefahren ist. Den Benzinkauf gibt der Festgenommene zu. Er will, wie er weiter zu seiner Entlastung angibt, am Tage des Brandes beim Wohnungsumzug von Unkel nach Honnef gewesen sein. Zwischen Rheinbreitbach und Scheuern sei ihm ein Lastwagen begegnet, der infolge Benzinmangels nicht weiter konnte. Die beiden Fahrer des Wagens hätten ihn gebeten, in Unkel Benzin zu holen, da er einen Handwagen bei sich hatte. Er habe ihnen den Gefallen getan. Die Namen der Fahrer will er nicht wissen. Mit dem Brand will er gar nichts zu tun haben. Er stellt auch nicht in Abrede, an dem Brandabend als letzter die Wirtschaft verlassen und eine Tür ausgehängt zu haben. Bemerkenswert ist die Feststellung, daß vor Ausbruch des Brandes sämtliche Türen in dem Anwesen ausgehängt worden waren, angeblich um den Abtransport der Möbel besser bewerkstelligen zu können. Der zweite Festgenommene stellt ebenfalls entschieden in Abrede, an dem Brand irgendwie beteiligt gewesen zu sein. Wohl müsse nach seiner Meinung Brandstiftung vorliegen. Die polizeilichen Ermittelungen werden fortgesetzt. Die dem Brand zum Opfer gefallenen Gebäude waren Eigentum einer Köln-Mülheimer Brauerei und nicht versichert.

Daun. Zwei Opfer des Berufes. Bei Sprengungen, die von Arbeitsdienstfreiwilligen bei der Herstellung eines Weges in der Gemeinde Strohn im Kreise Daun vorgenommen wurden, ging ein Schuß zu früh los. Der 22 Jahre alte Arbeiter Roemer wurde lebensgefährlich verletzt. — In den Basaltsteinbrüchen auf Bann Uesfeld im Kreise Daun wurde ein Arbeiter, dessen Personalien noch nicht feststehen, von Gesteinsmassen verschüttet. In den ersten Stunden nach dem Unglück konnte er sich noch mit den Rettungsmannschaften verständigen, dann aber gab er kein Lebenszeichen mehr von sich. Heute morgen gelang es, seine Leiche zu bergen.

Das Wetter von heute und morgen

Fortdauer des beständigen Wetters mit mäßigen bis frischen südöstlichen Winden.

Großer Schlag der Eschweiler Zollfahndungsstelle

Morgens wurde der Inhaber einer Eschweiler Essigfabrik von Beamten der Zollfahndungsstelle verhaftet. Die Ermittlungen der Beamten hatten ergeben, daß der Fabrikant erhebliche Mengen Sprit in den Handel gebracht hatte, obgleich er keine Handelserlaubnis für Sprit besaß. Bei einer Untersuchung der Fabrikräume wurde eine Einrichtung entdeckt, mit der vergällter Sprit, der zur Fabrikation von Essig verwandt wird, wieder genußfähig gemacht werden konnte. Wie die weiteren Feststellungen der Beamten der Zollfahndungsstelle ergaben, sind auf diese Weise erhebliche Mengen Sprit entgällt und in den Handel gebracht worden. Der Fabrikant wurde verhaftet und in das Eschweiler Gefängnis eingeliefert.

Das Neueste

Im Rundfunk sprach Sonntagabend Staatssekretär z. D. Freiherr von Rheinbaben über die Genfer Einigung in der Frage der deutschen Gleichberechtigung.

Adolf Hitler sprach am Sonntag-Vormittag in Dresden auf der Amtswaltertagung der östlichen Kreise des Gaues Sachsen. Er erklärte u. a., die NSDAP werde in die Regierung hineingehen aber nur dann, wenn die anderen hinausgehen. Auch das neue Kabinett werde nicht lange bleiben. Die 30 verlorenen Mandate werde die NSDAP wieder herbeiholen. Am 3. Januar beginne der Kampf erneut.

Der deutsche Flieger Bertram ist mit seinem Begleiter Allen am Montag früh 5,45 Uhr Ostzeit in Port Darwin zum Fluge nach England gestartet, den er in fünf Tagen zurücklegen will.

Auf der Holtenauer Reede stießen der Königsberger Dampfer „Tilsit" und der Bremer Dampfer „Elektra" zusammen. Die „Elektra" mußte in sinkendem Zustande auf Strand gesetzt werden.

Die 61 Jahre alte Frau eines Lebensmittelhändlers in Plauen (Vogtland) ist in ihrem Laden ermordet worden. Die Täter haben etwa 100 RM geraubt.

Auf der Zeche Graf Bismarck in Gelsenkirchen wurden bei einem Betriebsunfall ein Bergarbeiter getötet und ein weiterer schwer verletzt.

Die Genfer Lösung der deutschen Gleichberechtigungsforderung wird in der Londoner Presse durchweg begrüßt, weil damit die Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen unter deutscher Beteiligung möglich geworden sei.

Auch die Pariser Morgenblätter begrüßen die Genfer Einigung fast einstimmig und bezeichnen sie als einen Erfolg der Bemühungen Paul Boncours und MacDonalds. Der „Petit Parisien" sagt, Frankreich habe die Wiederbeteiligung Deutschlands an den Abrüstungsbesprechungen erreicht, ohne lebenswichtige Interessen aufgegeben zu haben.

Ueber die Entscheidung, die der gestrige französische Kabinettsrat in der Schuldenfrage getroffen hat, berichtet Havas, die Minister hätten einstimmig die Ansicht vertreten, daß Frankreich den Fälligkeitstermin vom 15. Dezember einhalten müsse. Infolgedessen werde Herriot am Montag der Kammer vorschlagen, die zu diesem Zeitpunkt fällig werdenden 19 800 000 Dollar unter Vorbehalt zu zahlen.

Der sozialistische „Populaire" schreibt, es sei bedauerlich, daß die gemeinsame Genfer Erklärung auf die „Sicherheit" hinweise, hinter der sich nichts weiter als der französische Plan verstecke. Dieser Plan sei jedoch ein unüberwindliches Hindernis für jeden unserer Abrüstungsversuche.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat angeordnet, daß im Laufe des Jahres 1933 eine Säuberung und Revision des Mitgliederbestandes der Kommunistischen Partei durchgeführt wird.

Höhere Beamte des amerikanischen Staatsdepartements erklärten, daß die amerikanische Regierung die am 15. Dezember fällige Schuldenrate nicht annehmen werde, falls Frankreich bestimmte Bedingungen an die Zahlung knüpfe.

Schwere Bluttat im Kreise Stallupönen

In Bomeyken im Kreise Stallupönen wurde am Sonntag-Morgen von unbekannten Tätern ein schwerer Ueberfall auf das allein liegende Gehöft Küch ausgeführt. Die 50 Jahre alte Tochter wurde im Stall beim Viehfüttern von den Banditen überrascht und durch mehrere Schüsse getötet. Die Burschen drangen dann in das Wohnhaus ein, ermordeten durch einen Kopfschuß den Greis Küch, der sich gerade ankleiden wollte. Die Ehefrau Küch, die zu entkommen versuchte, wurde ebenfalls erschossen. Sämtliche Behältnisse in der Wohnung sind durchwühlt worden. Ein litauischer Arbeiter, der geflüchtet ist, steht unter dem Verdacht, am Ueberfall beteiligt zu sein.

Die Unterschlagungen bei den Siegburger Städtischen Werken

Die erste Verurteilung

Das Schöffengericht Siegburg verurteilte den Buchhalter Wißmann, der lange Jahre bei den Siegburger Städtischen Werken beschäftigt gewesen war, wegen Unterschlagung zu 9 Monaten Gefängnis. Nach Verbüßung von 3 Monaten soll dem Verurteilten für den Rest der Strafe Bewährungsfrist eingeräumt werden.

Wißmann war jener Angestellte, der die Unterschlagungsaffäre bei den Siegburger Städtischen Werken, in die mehrere Beamte und Angestellte verwickelt sind, ungewollt ins Rollen brachte. Mit unterschlagenen Geldern — nach dem Gutachten der Buchsachverständigen hat er 9300 RM veruntreut — hatte sich nämlich Wißmann ein Motorrad im Werte von über 1500 RM gekauft, mit dem er im April d. J. schwer verunglückte, so daß ihm das rechte Bein amputiert werden mußte. Da Wißmann mehrere Wochen ans Bett gefesselt war, wurde seine Buchhaltung einem anderen Angestellten übertragen, der die Unstimmigkeiten entdeckte. Von Bedeutung war die Aussage des einzigsten Zeugen, eines Direktors der Werke, daß der Angeklagte die Unterschlagungen nicht allein, vielmehr nur in Zusammenarbeit mit anderen Angestellten verübt haben könne. Wißmann war in vollem Umfang geständig und nahm die ganze Schuld auf sich. Die zurzeit geführte Prüfung der Bücher des Werkes durch zwei Kommissionen wird ergeben, ob sich weitere Beamte und Angestellte strafrechtlich zu verantworten haben.

Dem Gedächtnis der Helden von den Falklandinseln



hat die deutsche Kolonie in Punta Arenas (Chile) dieses Ehrenmal errichtet. Die Inschrift lautet: Dem Admiral Graf Spee und der heldenmütigen Besatzung seiner Schiffe „Scharnhorst", „Gneisenau", „Nürnberg", „Leipzig", „Dresden". Siegreich gekämpft in der Seeschlacht bei Santa Maria 2. Nov. 1914 und gefallen für das ferne Vaterland in der Seeschlacht bei den Falklandinseln 9. Dezember 1914. Zum ehrenden Andenken die deutsche Kolonie in Punta Arenas

Hochstaplerstreich

In der luxemburgischen Hauptstadt erschien, wie das Kölner Tageblatt berichtet, vor wenigen Tagen ein Mann, der sich Graf Sapieha nannte und Verhandlungen mit Grundstückmaklern aufnahm, um angeblich im Auftrage eines polnischen Magnaten, der in London lebte, ein Schloß zu kaufen. Schließlich kam zwischen ihm und einem luxemburger Großgrundbesitzer ein Kaufvertrag zustande, in dem dieser dem angeblichen Fürsten Boleslaw Piat sein an der Obermosel gelegenes Schloß verkaufte.

Das Dokument über den Kaufvertrag wurde nach London gesandt und kam von dort aus mit der Unterschrift des angeblichen polnischen Fürsten zurück. Der das Geschäft vermittelnde Graf Sapieha reiste nach Berlin ab, wo er später mit dem luxemburger Großgrundbesitzer zusammentraf und in seiner Wohnung in der Lützowstraße über die Uebernahme des Personals und des Inventars verhandelte.

Bei dieser Gelegenheit erfuhr der frühere Schloßherr davon, daß der Beauftragte des neuen Schloßherrn in der Zwischenzeit bereits eine neue Dienerschar engagiert hatte und sich von den Bewerbern hohe Kautionen hatte zahlen lassen, die auf einer Bank deponiert worden waren. Die Anstellungen gegen Kaution kamen dem früheren Besitzer des Schlosses jedoch verdächtig vor und er benachrichtigte die Kriminalpolizei, die daraufhin den Grafen Sapieha festnahm und entdeckte, daß es sich bei dem Verhafteten um einen bekannten Hochstapler handelte namens Alex Woy, der von anderer Seite bereits wegen Heiratsschwindeleien gesucht wurde. Das Zustandekommen des betrügerischen Kaufvertrages hat in Luxemburg beträchtliches Aufsehen erregt.

Börsengeschäfte auf medialer Grundlage

Im Sommer vorigen Jahres hatte ein Kaufmann in Königsberg einen Vertrag des Hellsehers Hanussen gehört, der ihn auf die Idee brachte, daß man die Fähigkeiten des Hellsehers zweifellos auch für Börsengeschäfte ausnützen könnte. Er wandte sich dann in einer Privatkonsultation am nächsten Tage an Hanussen, aber die Konsultation war ihm zu teuer. Stattdessen schlug ihm der Sekretär Hanussens vor, die Geschäfte mit ihm zu machen, zumal er seine Geschäfte in ständiger Beratung mit Hanussen zu machen pflege. Der Kaufmann händigte dem Sekretär 3000 RM aus, von denen er keinen Pfennig wiedersah. Nachdem er monatelang hingehalten worden war, erstattete er schließlich Anzeige, und der Sekretär hatte sich vor dem Schöffengericht Charlottenburg wegen Betruges zu verantworten. Er gab an, daß er das Geld verabredungsgemäß zu Börsengeschäften benutzt habe, die Spekulationen seien aber fehlgeschlagen. Er habe sogar noch erheblich zuzahlen müssen und sich zu diesem Zweck von Hanussen sogar einen Vorschuß von 2000 RM geben lassen.

Hanussen, alias Steinschneider, bekundete als Zeuge, daß er sich darüber geärgert habe, daß sein Sekretär hinter seinem Rücken Geschäfte gemacht habe. Er habe aber dem Kaufmann gesagt, daß er für den Schaden aufkomme, ihm aber dann die Tür gewiesen, als dieser frech geworden sei. Hanussen verneinte übrigens die Frage des Vorsitzenden, ob er Hellseher sei und gab als Beruf Verlagsinhaber an.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Sekretär sechs Monate Gefängnis wegen Betruges, das Gericht aber kam zu einen Freispruch, da hier eine Art Gesellschaftsvertrag vorliege und dem Angeklagten nicht die Absicht habe nachgewiesen werden können, den Kaufmann zu schädigen.

Turnen und Sport in der Heimat

Ballspielverein 1911 Burscheid

Das gestrige Meisterschaftsspiel der 1. Mannschaft des hiesigen Ballspielvereins gegen die gleiche Mannschaft des Rasensportvereins Hückeswagen in Hückeswagen wurde in der zweiten Halbzeit beim Stande von 3:1 (2:1) für Hückeswagen abgebrochen. Ein näherer Bericht darüber und warum das Treffen abgebrochen wurde liegt uns nicht vor.

In der Remscheider Gruppe erlitt der Spitzenführer, Germania Hasten, in Wipperfürth die erste Niederlage. Die Wipperfürther Rasensportler siegten mit 2:1 (0:0). Die Reinshagener Sportfreunde schlugen den Remscheider Postsportverein vernichtend mit 8:0 (0:0). BV Haddenbach gewann gegen den SpV Hünger mit 6:2.

Turngemeinde Burscheid eV

Burscheid 1. — RTV 61 2. 14:0 (8:0)

Gestern nachmittag stellten sich auf dem hiesigen Sportplatz beide Mannschaften zum fälligen Meisterschaftsspiel dem Schiri. Die 2. Mannschaft des Remscheider Turnvereins 61 mußte sich mit einer Niederlage von 14:0 Toren auf den Heimweg begeben. Von vornherein sei gesagt, daß das Spiel sich zu einer vollständig einseitigen Sache für die hiesige Elf gestaltete. Wenn der Gegner auch zeitweise gut aufkam, so war sein Können bei der Verteidigung zu Ende, sodaß der Torwart kaum einzugreifen brauchte. Beide Mannschaften waren eifrig bei der Sache und spielten das ganze Spiel durchaus fair. Mit den Entscheidungen des Schiri konnte man zufrieden sein.

Die Burscheider Elf trat seit langer Zeit wieder vollzählig an und zeigte ein beachtliches Können, letzten Endes müßte die Stürmerreihe ihr Zuspiel noch mehr ausfeilen, um auch bei einer schwereren Hintermannschaft auf alle Fälle erfolgreich durchzukommen. Der neue Verteidiger machte seine Sache so weit ganz gut und wird sich wohl bemühen, um in kurzer Zeit sich als vollwertiger Spieler der 1. Mannschaft einzufügen.

Die Jugendmannschaft spielte anschließend gegen RTV 1a und mußte eine 8:6 Niederlage einstecken. Bei der Halbzeit stand das Spiel 2:1 für Burscheid. Nach dem Wechsel erhöhten die Hiesigen sogar auf 5:2, um dann aber stark abzufallen.

Stand der Tabelle am 11. Dezember:

Burscheid 1.	6	6	—	—	51:16	12:0
Honsberg 1.	6	5	—	1	35:23	10:2
Radevormwald 1.	7	5	—	2	33:22	10:4
Jahn 1b	7	2	—	5	27:42	4:10
Hasten 1b	7	1	—	6	23:43	2:12
RTV 2.	7	1	—	6	15:38	2:12

Turngemeinde Hilgen

Hilgen 1a — Unterstraße 3. 11:5 (4:1)

Am gestrigen Sonntag hatte die Jugendmannschaft der TG Hilgen die 3. Mannschaft vom Turn- und Spielverein Wermelskirchen-Unterstraße zu Gast. Obschon die Gäste mit zwei Spielern aus der 1. Mannschaft den Kampf aufnahmen, konnten die Grünweißen, die den Torwart durch einen Spieler der ersten Elf ersetzen mußten, durch blendende Leistungen einen überzeugenden 11:5 Sieg herausholen.

Vom Büchertisch

Gustav Frenssen

Dummhans

Ein Roman aus der Gegenwart

460 Seiten. In Halbleder gebunden RM 5,— Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag GmbH, Berlin-Charlottenburg 2

Ein urdeutsches Buch, geboren aus dem Leid unserer Tage; ein geistiges Bollwerk im aufreibenden Kampfe gegen das Schwerste jetziger Zeit. Frenssens unerschöpfliches Erzählertalent formt hier aus tiefstem Seelenerleben, aus elementarer Naturverbundenheit und aus unversieglichem Humor das symbolische Bekenntnis des urewig deutschen Menschen. Jener unbeschreibliche Frenssensche Landschaftszauber und die Kraft seines Ethos haben auch die Physiognomie dieses Werkes geprägt und ein neues Volksbuch im wahrsten und umfassendsten Sinne des Wortes geschaffen. Zum Schluß noch den Hinweis, daß dieses V. d. B.-Buch wiederum in seiner vorbildlich schönen Ausstattung und in seiner Preiswürdigkeit ein vortreffliches Geschenk für einen verwöhnten Bücherfreund ist. Wie ja überhaupt das Buchverzeichnis des Volksverbandes der Bücherfreunde (kostenlos und unverbindlich anfordern von der Hauptgeschäftsstelle Berlin-Charlottenburg 2, Berliner Straße 42/43) jedem wertvolle Anregungen bietet und sehr leicht die schwierige Frage: „Welches Buch kann ich mit gutem Gewissen verschenken?" löst.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschließlich „Sport vom Sonntag"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.

Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.

Immer wieder Hungermärsche auf Washington



Die amerikanische Bundeshauptstadt Washington ist erneut das Ziel von Hungerdemonstrationen aus allen Teilen der Vereinigten Staaten geworden. Wir geben hier einen dieser Demonstrationszüge wieder, der auf Schildern die Hauptforderungen der Arbeitslosen kundgibt

Zwangs-Versteigerung

Am **Dienstag, den 13. Dezember,** nachm. 4 Uhr, sollen zu **Burscheid,** im Versteigerungslokale Gasthaus Löhmer, bezw. an Ort und Stelle

1 Küchenschrank, 1 Küchenherd, 1 Warmwasserapparat, 1 Motor, 1 Bohrmaschine, 1 Personenwagen, 1 Sofa, 1 Vergrößerungsapparat, 1 Schreibmaschine, 1 Ladentheke usw.

sodann um 5 Uhr, in **Sträßchen,** im Versteigerungslokale Gasthaus Lennartz, bezw. an Ort und Stelle

1 Kredenz, 1 Büfett, 1 Ausziehtisch

sodann um 6 Uhr, in **Hilgen,** im Versteigerungslokale Gasthaus Prante, bezw. an Ort und Stelle

1 Schreibmaschine, 1 Zimmerlampe

öffentlich meistbietend gegen bare Zahlung versteigert werden.

Stürmer
Obergerichtsvollzieher in Opladen.

Sport vom Sonntag

Die rheinischen Turner erneut geschlagen

Westfalen siegt im Kunstturnkampf mit 1717:1647,5 Punkten.

In der fast ausverkauften Westfalenhalle zu Dortmund fand am Sonntag der neunte Kunstturnwettkampf zwischen den Auswahlmannschaften der Kreise 8a (Westfalen Lippe) und 8b (Rheinland) statt.

Auch diesmal kamen die Westfalen wieder zu einen sicheren, insgesamt ihrem achten Siege.

Die Rheinländer büßten ihre Aussichten bereits bei den Freiübungen ein, wo sie zwar die schwierigeren Uebungen zeigten, die Kampfrichter aber offensichtlich größeren Wert auf die exakte Durchführung legten. Im allgemeinen hatten die Westfalen in allen Uebungen die exakteren Leistungen, während die Rheinländer oft mit schwierigen Uebungen aufwarteten, denen sie aber nicht immer gerecht werden konnten. Lediglich am Barren holten die Rheinländer mehr als die Westfalen heraus. Mit ausschlaggebend für die hohe Niederlage der Rheinländer war das Versagen von Reinbott, der z. B. am Reck nur auf 22 Punkte kam. Der beste Turner war der Rheinländer Sandrock mit 184 P., dem allerdings der Westfale Trostheim mit 182 P. nicht viel nachstand. Neben diesen beiden konnten vor allem die beiden Eichener Turner Stutte und Stracke gefallen, neben denen noch Klinger und Gründelbach zu nennen sind. Die beste Einzelleistung vollbrachte der Essener Fleckhaus, der beim Pferdsprung 39 Punkte erzielte. In den einzelnen Uebungen betrug das Punkteverhältnis: (Westfalen zuerst): Freiübungen 333,5:312; Pferdschwung 333,5:316,5; Barren 342,5:345,5; Pferdsprung 352,5:334; Reck 355:339,5; Gesamtergebnis 1717 : 1647,5 Punkte.

Fußball

Ueberraschungen im WSV.

Schalke 04 zum ersten Male geschlagen.

Im ganzen westdeutschen Verbandsgebiet wurden am Sonntag die Punktespiele fortgesetzt. Es fehlte nicht an Ueberraschungen. Da ist im

Ruhrbezirk

die Niederlage des FC Schalke 04 zu nennen, der auf eigenem Platze vom VfL Hörde mit 1:2 bezwungen wurde. Die Mannschaft hat aber weiter eine knappe Führung in der Tabelle, denn Germania Bochum büßte als zweiter durch ein 2:2 in Horst Emscher einen Punkt ein. In der anderen Gruppe des Ruhrbezirkes führt der SV Hoentrop nach einem 4:1 über Germania Herne weiter sicher. Im

Bergisch-Märkischen Bezirk

hat sich nichts geändert. Fortuna Düsseldorf siegte über Turu Düsseldorf 3:0 und der VfL Benrath behauptete sich mit einem 4:3 gegen Düsseldorf 99 ebenfalls. Im

Niederrheinbezirk

ist die Lage der Gruppe A verworren. Duisburger Sp.V wurde von Preußen Krefeld 3:1 geschlagen, Duisburg 99 verlor in Homberg 0:3, so daß vier Vereine zusammen vorne liegen. In der zweiten Abteilung führt der SV Hamborn 07 weiter ganz sicher.

Westfalen

verzeichnet eine überraschende Niederlage des VfB Bielefeld in Herford, wodurch Arminia Bielefeld die Führung übernimmt. In der westlichen Gruppe haben Herten und Preußen Münster zusammen den ersten Platz. In

Hessen-Hannover

büßte Borussia Fulda mit einem 2:2 bei Hermannia Kassel den ersten Punkt ein. Der

Rheinbezirk

sieht den VfR Köln und Alemannia Aachen in seinen Gruppen weiter in Front.

Westdeutsche Fußballergebnisse

Rheinbezirk: (1) Dürener SV — Sülz 07 1:1; Kölner CfR — Bonner FV 1:1; Blau Weiß Köln — Jugend Bergheim 2:0; Odenkirchen — Rhenania Würselen 2:2; Viktoria Rheydt — Kölner BC 3:2; Grün Weiß Viersen — VfR Köln 0:5; Tura Bonn — Dürener SC 03 2:1; Troisdorf — Kölner SC 99 0:2; Rhenania Köln — Alemannia Aachen 0:2; Vingst 05 — Mülheimer SV 1:1; Borussia Gladbach — Rheydter SV 0:4; SC M. Gladbach — Baesweiler 0:3.

Mittelrheinbezirk: FV Neuendorf — Rheinland Mayen 0:4; TV Mayen — FV Engers 2:2; Preußen Koblenz — FC Kottenheim 0:6.

Niederrheinbezirk: (A) Preußen Krefeld — Duisburger SV 3:1; Homberger SV — Duisburg 99 3:0; Duisburg 08 — Sportfreunde Krefeld 3:1; Duisburg 1900 — Union Krefeld 0:2; (B) VfvB Ruhrort — SV Osterfeld 2:1; Meidericher SV — Rasensport Oberhausen 3:0; Hamborn 07 — Meiderich 06 7:0; Spvg. Oberhausen — Spvg. Sterkrade 3:0.

Ruhrbezirk: (A) Castrop 02 — Union Gelsenkirchen 4:3; SV Höntrop — Germania Herne 4:1; MBV Linden — TuS Bochum 1:3; Schwarz Weiß Essen — BV Altenessen 0:0; (B) Horst-Emscher — Germania Bochum 2:2; Schalke 04 — VfL Hörde 1:2; VfL-Sportfreunde Essen — SV Rotthausen 0:2; Westfalia Herne — Schwarz Gelb Gladbeck 1:2.

Berg-Märk. Bezirk: (1) VfL Benrath — Düsseldorf 99 4:3; VfB Hilden 03 — Germania Elberfeld 1:0; Schwarz Weiß Düsseldorf — Germania Küllenhahn 5:2; Ratingen 04 — Schwarz Weiß Barmen 0:3; BV 08 Lüttringhausen — Eller 04 0:1; (2) Fortuna Düsseldorf — Turo Düsseldorf 3:0; BV 04 Düsseldorf — VfR Ohligs 2:4; SSV Oberkassel — FC Schwelm 2:3; SC Sonnborn — BC 05 Düeldorf 2:0; SSV Elberfeld — SSvg. Barmen 2:0.

Südwestfalenbezirk: Hüsten 09 — Germania Mudersbach 6:1; SC Lichtenplatz — Milspe 11 3:2; SC Brachbach — Sportfreunde Siegen 4:1; VfB Weidenau — Wetter 10 8:2; Jahn Werdohl — Hagen 05 2:2.

Westfalenbezirk: (Ost) Arminia Bielefeld — Hammer Spvg. 4:1; SC 08 Unna — Teutonia Lippstadt 0:0; Westfalia Ahlen — Bielefeld 06-07 0:0; Union Herford — VfB Bielefeld 1:0; (West) Viktoria Recklinghausen — Preußen Münster 2:1; Westfalia Scherlebeck — Union Recklinghausen 1:1; SC 08 Münster — Spvg. Herten 2:2; SuS 13 Recklinghausen — Borussia Rheine 3:1; Schwarz Weiß Osnabrück — SuS Ahlen (Ges.-Sp.) 3:1.

Hessen-Hannover-Bezirk: Hermannia Kassel — Borussia Fulda 2:2; Göttingen 05 — SV Kassel 4:3: Germanie Marburg — Kurhessen Kassel 2:2.

Im Süden

Gruppe Main: Eintracht Frankfurt — Kickers Offenbach 2:2; Germania Bieber — Hanau 93 2:0; Rot Weiß Frankfurt — FSV Frankfurt 1:2; VfB Friedberg — Sportfreunde Frankfurt 3:0; Union Niederrad — VfL Neu-Isenburg 4:1.

Gruppe Hessen: Spvg. 06 Kastel — 1. FC Langen 5:0; FSV Mainz 05 — Olympia Lorsch 2:1; Allemannia Worms — Fvg. 03 Mombach 2:0; VfR Bürstadt — Wormatia Worms 0:1; Viktoria Urberach — SV Wiesbaden 2:5.

Gruppe Nordbayern: FC Bayreuth — 1. FC Nürnberg 1:2; Spvg. Erlangen — Spvg. Fürth 1:6; VfR Fürth — Würzburg 04 4:2; Germania Nürnberg — Würzburger Kickers 5:2.

Gruppe Südbayern: Jahn Regensburg — 1860 München 2:0; Bayern München — DSV München 3:0; Teutonia München — SSV Ulm 1:1; Ulm 94 — Spvg. Landhut 1:1; Schwaben Augsburg — Wacker München 1:1.

Gruppe Württemberg: Stuttgarter Kickers — FC Birkenfeld 1:0; Stuttgarter SC — FC Pforzheim 1:1; Germania Brötzingen — Sportfreunde Eßlingen 2:2; Union Böckingen — SV Feuerbach 3:1; VfB Stuttgart — Normannia Gmünd 4:1.

Gruppe Baden: Spvg. Schramberg — SC Freiburg 3:2; FC Mühlburg — Phönix Karlsruhe 0:2; Freiburger FC — FV Rastatt 4:0; Frankonia Karlsruhe — FV Offenburg 2:0.

Gruppe Rhein: Germania Friedrichsfeld — Mundenheim 3:1; Phönix Ludwigshafen — Amicitia Viernheim 3:1; FC Mannheim 08 — VfR Kaiserslautern 2:3; SV Waldhof — VfL Neckarau 2:1; VfR Mannheim — Spvg. Sandhofen 3:1.

Gruppe Saar: SV Völklingen — FK Pirmasens 3:2; Saar 05 Saarbrücken — SV 05 Saarbrücken 4:0; FV Saarbrücken — 1. FC Idar 5:1; 1. FC Kaiserslautern — Borussia Neunkirchen 2:1.

Berufsspielerfrage vor der Entscheidung

In Würzburg traten die Vertreter der süddeutschen Bezirksligavereine zusammen, die an den kommenden Endspielen des Verbandes beteiligt sind. Nach Schluß der vertraulich geführten Verhandlungen wurde folgende Resolution gefaßt:

„Die süddeutschen Endspielteilnehmer haben in einer gemeinsamen Sitzung mit der Spielsystemkommission des Verbandes in Würzburg eingehend über die gegenwärtige Lage im deutschen Fußball gesprochen. Sie haben dabei die Notwendigkeit erkannt, die Beschlüsse ihrer Dachorganisation, des Deutschen Fußballbundes, die im Januar unter Teilnahme der Vertreter aller Landesverbände erfolgen werden, abzuwarten. Nach dieser DFB-Sitzung wird der süddeutsche Verband erforderlichenfalls alsbald einem außerordentlichen Verbandstag anberaumen, um die angeschlossenen Verbände über die Maßnahmen entscheiden zu lassen, die sich aus den Beschlüssen der DFB-Sitzung ergeben.“

Die sehr vielsagende Resolution gibt also bekannt, daß man sich im DFB und in den Verbänden endlich zum Handeln entschlossen hat.

Oesterreichs vierter Sieg über Belgien

Klassefußball triumphiert 6:1 (3:0).

Auf der Rückreise von England absolvierte die österreichische Länderfußballmannschaft ein zweites Spiel im Brüsseler Heydenstadion von etwa 15 000 Zuschauern. Die Gäste holten den erwarteten glatten Sieg heraus und hatten damit sämtliche Länderspiele gegen Belgien gewonnen.

Bei den Oestererichern dauerte es eine Weile, bis sie sich mit dem schweren Boden abgefunden hatten. Nach etwa 20 Minuten aber lief die Kombinationsmaschine dann und von diesem Zeitpunkte an mußten sich die Belgier bis auf die letzten zehn Minuten fast ausschließlich auf die Verteidigung beschränken. Der Held des Tages im Angriff der Oestereicher war Schall. Er war in der 17. Minute, nach einem schönen Flankenlauf Vogels zum ersten Male erfolgreich, in der 24 Minute startete er einer Vorlage Smistiks nach und konnte trotz starker Behinderung einen Prachtschuß anbringen. Zwei Minuten vor der Pause war er dann zum dritten Male erfolgreich.

Nach Wiederbeginn versuchten die Belgier einen Generalangriff, der aber nur von kurzer Dauer war. In der 25. Minute schoß Schall das vierte Tor, eine Minute später war der Rechtsaußen Zischek erfolgreich und erst in der 39. Minute glückte den Belgiern durch den Ersatzmittelstürmer van Landegen der Ehrentreffer, der aber zwei Minuten vor Schluß von Wesselyk wieder wettgemacht wurde

Radsport

Niederlagen deutscher Fahrer im Ausland.

Nicht so erfolgreich wie bei ihrem Debut waren Buschenhagen-Schön am Wochenende auf der Winterbahn in Gent. Im Mannschaftsomnium wurden die beiden Deutschen in allen drei Läufen von den unbestrittenen Bahnmatadoren Hämerlinck-Debruycker bezwungen und verloren mit 3:6 Punkten. Im 100-Kilometer-Mannschaftsrennen belegten Schön-Buschenhagen nur den 7. Platz

In Brüssel konnte sich der deutsche Fliegermeister Mathias Engel gegen seine internationale Gegnerschaft nicht durchsetzen und schied bereits vorzeitig aus. Im Endlauf der Ersten bezwang Arlet überraschend seinen Landsmann Scheerens.

Vopel-Korsmeier geben in Paris eine gute Vorstellung.

Vopel-Korsmeier, die jungen Dortmunder Mannschaftsfahrer, gaben in Paris ein eindrucksvolles Debut. In einem Zweistundenrennen, das Broccardo-Lemoine mit 40 Punkten bei einer Gesamtleistung von 92.210 Kilometer gewannen, belegten die Westdeutschen eine Runde [illegible] hinter Pijnenburg-Braspenning und G. Wambst-Lacquehaye einen ehrenvollen vierten Platz in dem 15 Mannschaften starken Feld.

Boxsport

Witt schlägt Trollmann

Im Mittelpunkt der wieder recht gut besuchten Hamburger Boxkämpfe am Sonntagvormittag stand der Revanchekampf zwischen den beiden deutschen Halbschwergewichtlern Witt und Trollmann. Witt konnte diesmal einen durchaus verdienten Punktsieg landen, nachdem Trollmann in der 7. und 8. Runde zweimal bis neun am Boden gewesen war. Der bärenstärke Berliner hat sich damit für den Titelkampf mit Hartkopf qualifiziert. Bölck-Hamburg schlug den sehr steif gewordenen Heeser-Koblenz in der vierten Runde k. o

Wassersport

Erfolge von Poseidon-Köln

Bei den Brüsseler Schwimmwettkämpfen.

Unter Beteiligung von Poseidon-Köln und der belgischen Spitzenvereine fanden in Brüssel internationale Schwimmwettkämpfe statt. Die Poseidonen gewannen die 5 mal 50 Meter Kraulstaffel in 2:26 gegen Cercle de Natation (2:27) und den Antwerpschen Zwem Club (2:31) durch Haas das 200 Meter Brustschwimmen in 3:00 gegen Mitchel-Brügge (3:06). Die Kölner gewannen außerdem noch ihr Wasserballspiel gegen den Antwerpschen Zwem Club 3:2, dagegen verloren sie die 5 mal 100 Meter Kraulstaffel in 5:40 gegen Cercle de Natation (5:33)

Tennis

Tilden in Düsseldorf

Der Düsseldorfer Tennisgemeinde wurde am Wochenende doch noch ein größeres tennissportliches Ereignis geboten, das weit über dem Rahmen des lokalen steht. William Tilden behielt über Roman Najuch sicher mit 2:6 6:1, 6:2 die Oberhand und demonstrierte Tennis in höchster Vollendung. Im zweiten Spiel hielt sich der Düsseldorfer Tennislehrer Konrad Eppler gegen Barnes-USA vorzüglich. Barnes gewann den Kampf aber doch sehr sicher 6:1, 6:4. — Aeußerst erbittert ging es im abschließenden Doppel zwischen Najuch-Nüßlein und Tilden-Barnes zu. Nüßlein war wieder in einer ganz vorzüglichen Form und wurde durch Najuch, der zeitweise an seine besten Tage erinnerte, bestens unterstützt. Erst mit 15:13, nachdem sie von 4:3 an ständig in Führung gelegen haben, gelang der Satzgewinn. Im zweiten Satz fiel dann Barnes etwas ab, so daß die Deutschen mit 6:2 diesen recht schnell für sich buchen konnten.

Deutschland führt 4:2 gegen Dänemark

Cilly Außem und Marie Louise Horn siegen. — Niederlage im Doppel.

Am Wochenende begann in der Osterbre-Halle in Kopenhagen der zweite Tennisländerkampf Deutschland — Dänemark. Besonders erfolgreich waren die deutschen Damen Cilly Außem und Marie Louise Horn, die durch den Gewinn ihrer Einzelspiele die Führung auf 4:2 brachten. Cilly Außem schlug die Dänin Frau Hollis nach Abgabe des zweiten Satzes 6:1, 3:6, 6:2 sehr sicher. Frl. Horn ließ ihre Gegnerin Frau Dam nie richtig zur Entfaltung kommen und behielt durch ihre größere Härte 6:4, 6:2 die Oberhand. Im Herrendoppel versagte das deutsche Paar v. Cramm-Nourney ziemlich kläglich. Nourney spielte ziemlich unsicher und steckte später den gut beginnenden von Cramm an, so daß das glänzend harmonisierende dänische Meisterpaar Ulrich-Henriksen mühelos 6:4, 6:2. 6:3 siegreich blieb.

Sport in Kürze

Deutsche Ringerniederlage in Paris.

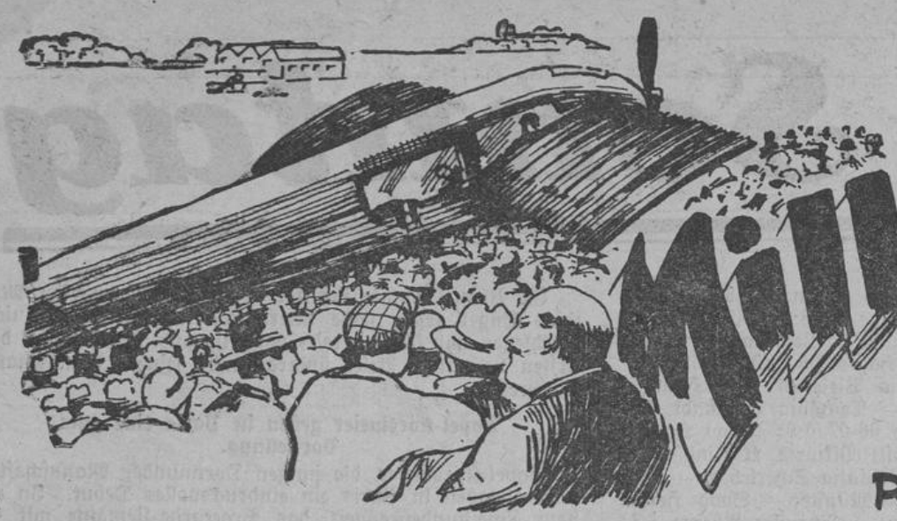
Der Städtekampf der Ringerstaffeln von Paris und Saarbrücken in der Seinestadt endete mit einer vernichtenden Niederlage der Saardeutschen mit 0:7 Punkten im Gesamtergebnis.

Hertha BSC und BSV 92 Pokalfinalisten.

Im Mittelpunkt des Berliner Fußballprogramms am Silbernen Sonntag standen die beiden Spiele der Vorschlußrunde um den Verbandspokal. Hertha BSC besiegte den Postsportverein mit 5:2 (2:2). Union Oberschönweide hielt sich gegen den BSV 92 bis zum Wechsel ausgezeichnet. Im zweiten Abschnitt bekam der Sportverein die Oberhand und siegte 3:1 (1:1).

Tenniskampf Holland — Rheinland 5:5.

Ihren traditionellen Hallentenniskampf trugen Rheinland und Holland am Samstag und Sonntag in Apeldorn aus. Rheinland mußte ohne Nourney spielen. Im Gesamtergebnis trennten sich die beiden Parteien 5:5 unentschieden.



Millionen auf der Landstrasse

Roman v. A. v. Panhuys

„Hast du schon gehört, Nieves, daß wir heute nacht unangenehmen Besuch im Hause hatten? Ja? Nun, was sagst du dazu? Und niemand von der Dienerschaft hat was gehört. Das heißt, ich auch nicht! Du vielleicht?"

Sie schüttelte den Kopf.

Er nahm am Frühstückstisch Platz und Nieves setzte sich ebenfalls.

„Die Sache muß sofort zur Anzeige gebracht werden," sagte Francisko Miranda erregt, „ein Kerl, vorausgesetzt, es waren überhaupt mehrere, hat zum Glück etwas verloren, was ihn vielleicht sehr rasch in die Hände der Polizei liefern dürfte. Eine Photographie nämlich, ein Paßbildchen, es lag mitten im Speisezimmer, nahe beim Büfett, das er sehr sauber aus- und abgeräumt hat. Ob es natürlich sein eigenes Konterfei ist, mag dahingestellt bleiben. Aber wenn es auch nur das eines seiner Bekannten ist, kommt die Polizei dadurch wahrscheinlich doch auf seine Spur."

Ein Hausmädchen brachte den Kaffee und die heiße Milch.

Sobald sich Nieves wieder mit ihrem Vater allein befand, fragte sie hastig: „Wo ist diese Photographie, sie interessiert mich sehr, padre?"

„Sie liegt in meinem Arbeitszimmer auf dem Schreibtisch unter einem Briefbeschwerer," antwortete Francisko Miranda, „ich will damit nachher bei der Polizei vorbeifahren und Anzeige erstatten."

Nieves erhob sich.

„Entschuldige mich, padre, aber ich muß das Bild sofort sehen."

Schon war sie zur Tür hinaus.

Francisko Miranda begriff nicht, wie sich seine Tochter so sehr für die Photographie eines Diebes oder die eines seiner Zunftgenossen interessieren konnte.

Nieves aber war, so schnell sie nur vermochte, in das väterliche Arbeitszimmer geeilt. Ihre Augen überflogen den Schreibtisch von weitem. Dort, unter dem großen Achatstein lag das Paßbildchen.

Sie schob den Stein beiseite und hielt Emilio Pinos Photographie in der Hand, jedem sofort erkennbar, der einmal das Vergnügen gehabt, des Gentlemans persönliche Bekanntschaft zu machen.

Nieves verschlug der Schreck den Atem. Sie mußte husten.

Welch ein Glück, daß ihr Vater in der Diebstahlsangelegenheit noch nichts getan, denn mit Hilfe der wohlgelungenen Photographie hätte man Emilio Pino wohl bald gehabt. Faßte man ihn aber, so war sie in allergrößter Gefahr.

Die Polizei durfte den Dieb nicht finden!

Nieves stöhnte laut auf. Für sie stand bedeutend mehr auf dem Spiel als für Emilio Pino.

Auf dem nahen Rauchtisch befanden sich Streichhölzer, sie strich eines an, und schon im nächsten Augenblick langte ein gieriges Flammenzünglein nach dem kleinen Bild, von dem sie die brutale, schlaue Halunkenvisage Emilio Pinos mit einem Grienen grüßte, wie in offenem Spott.

Das Flämmchen ward zudringlicher, gelbrot schob es sich vor, fraß das Grienen auf und die große Nase und die etwas vorstehenden Augen, dazu noch die gestreifte Mütze. Was dann noch übrig blieb, mußte Nieves schnell auf den Aschenbecher fallen lassen, sonst hätte sie sich daran die Finger verbrannt.

Sie atmete erleichtert auf, kehrte mit einem allerdings etwas erquälten Lächeln in das Eßzimmer zurück.

„Das dumme Bild hätte doch wohl wirklich Zeit gehabt," empfing sie ihr Vater etwas ärgerlich

Sie nahm wieder Platz.

„Nein, padre, das dumme Bild hätte keine Zeit gehabt," erwiderte sie leise. „Ich habe die kleine Photographie sogar schnellstens verbrannt, weil sie das Bild des Diebes gewesen. Ich habe ihn heute nacht gesprochen. Er war in meinem Zimmer. Er hielt mich in meinem Schlafanzug für einen jungen Mann, mein kurzes Haar unterstützte die Täuschung, aber er erkannte mich, wie ich ihn erkannte —"

Francisko Miranda fragte erregt: „Weshalb schüttelte st du vorhin den Kopf, als ich dich fragte, ob du etwas von dem Dieb bemerkt hast?"

„Ich wollte dich nicht damit behelligen, dir unnütze Gedanken machen, leider ging es nun doch nicht," antwortete sie schnell.

„Aber weshalb schlugst du heute nacht keinen Lärm?" fragte er laut, fast schreiend.

Sie legte ihm die Hand auf den Mund.

„Um des Himmels willen, padre, sei vorsichtig, jede Unvorsichtigkeit kann uns maßlos schaden. Am besten ist es, du zeigst den Diebstahl gar nicht an, denn —"

„Denn?" wiederholte er mechanisch, aber in starkem Frageton.

„Denn der Dieb von heute nacht wurde vor kurzem von mir bestohlen."

Ihr Flüstern ward zum Hauch.

„Der Dieb ist nämlich derselbe Mensch, der das Zigarettenetui des toten Ludwig Markus gefunden hat."

Francisko Miranda bog sich etwas vor, blickte Nieves an, als zweifle er an ihrem Verstand.

Sie war inzwischen ruhiger geworden.

„Das Bild ist verbrannt. Mein Freund, der Dieb, will ins Ausland. Im übrigen interessiert ihn das Papier gar nicht mehr. Er glaubt, ich hätte es ihm aus Dummjungenübermut weggenommen, hätte ihm die Belohnung nicht gegönnt, es längst zerrissen."

Sie erzählte hauchweise weiter, erzählte genau das Erlebnis der vergangenen Nacht und dazwischen köpfte sie ein Ei, ließ Toast zwischen ihren blendenden Zähnen verschwinden.

Sie sah frisch und blühend aus.

Francisko Miranda ward bald mit seiner nachträglichen Angst fertig.

Die Anzeige bei der Polizei unterblieb und Nieves begleitete ihren Vater ins Büro der Hoch- und Tiefbau-Gesellschaft. Sie wollte dem Vater heute im Laboratorium assistieren.

14.

Sanitätsrat Jäger besaß ein halbes Dutzend Töchter. Im Alter waren sie je ein Jahr auseinander. Reizend waren sie alle und sich ähnlich wie ein Ei dem anderen.

Die Frau Sanitätsrat behauptete, sie seien hübsch wie die Engel, während ihr Mann neckend meinte, hübsch wie die Teufel.

Vielleicht hatten beide recht. Es steckte etwas vom Engel und etwas vom Teufel zugleich im Aeußeren und in der ganzen Natur von Adelheid, Beate, Cäcilie, Dora, Else und Freda.

Der etwas humoristisch veranlagte Vater hatte seinen Mädels den Namen nach dem Alphabet zugeteilt.

Bei der ersten Tochter hatte er gemeint: Wir fangen mal für alle Fälle bei dem Buchstaben A an!

Die sechs Mädchen hatten die sehr hellen blonden Haare der Mutter und die braunen Augen des Vaters.

Sanitätsrat Jäger konnte wohl mit seiner Familie ein auskömmliches Leben führen, doch eine besondere Mitgift vermochte er keiner seiner Töchter zu geben.

Die Freier, die sich einstellten, paßten den Schwestern nicht, alle wollten hoch hinaus.

Keine verspürte Lust, das beschränkte Leben, das ihnen das Elternhaus bot, auch in der Ehe weiterzuführen. Goldene Träume gaukelten ihnen vor, ließen sie Reichtum als das Erstrebenswerteste des Lebens ansehen.

Wenn sie des Sonntags zuweilen zusammen durch den Berliner Vorort gingen, blieben Fremde, die sie noch nicht kannten, stehen, und starrten das mit großen verblüfften Augen an, was dem Einheimischen längst ein gewohntes Bild geworden.

Da spazierten sechs Mädchen von fast gleicher Größe und in fast gleicher Kleidung daher, mit denselben mattrosigen weichen Gesichtern, dem lockigen weißblonden Haar und den prachtvollen dunkelbraunen Augen.

Wie ein wunderschöner Spuk zogen sie zu je zweien vorüber.

Man nannte sie die Jägergirls.

Jetzt war Adelheid, die Aelteste, zweiundzwanzig Jahre and Freda, die Jüngste, siebzehn. Und alle sechs warteten darauf, daß zu ihnen das Glück kommen sollte in Gestalt eines reichen Mannes.

Die drei Aeltesten hatten Stellungen inne. Adelheid war Korrespondentin in einer Maschinenfabrik. Beate Bürodame bei einem Notar, Cäcilie arbeitete auf der Redaktion eines Berliner Modeblattes, während die drei Jüngsten noch zu Hause waren.

Die Mutter, Frau Leonore, wehrte zuweilen den allzu begehrlichen Wünschen der Sechs.

„Ich war in meiner Jugend genau so hübsch wie ihr," sagte sie eines Abends, „hatte aber den Vorteil, die einzige Tochter zu sein, brauchte also keine Schwesternkonkurrenz zu fürchten, wie ihr es müßt. Aber von den mordsreichen Freiern der Art, wie ihr sie erwartet, stellte sich nicht ein einziger ein. Gut Mittelmaß waren sie alle, denen ich ein zierlich geflochtenes Körbchen überreichte. Als ich dann euren Vater kennen lernte, sann ich überhaupt gar nicht mehr darüber nach, ob er arm oder reich war, weil ich ihn gar so rasch über alles lieb gewonnen hatte. Und weil ich sonst so wenig besaß, freute ich mich, ihm wenigstens mein bißchen Schönheit mitbringen zu können. So wird es auch bei euch gehen, wenn erst einmal der Rechte kommt, dem das Herz froh entgegenschlägt!"

Alle verwahrten sich lebhaft. Jede betonte, sie heirate nur einen reichen, zumindest aber wohlhabenden Mann.

Freda, die Jüngste, aber rief mit blitzenden Augen: „Das Wort „wohlhabend" wirkt schon jämmerlich und armselig, finde ich. Reich muß er sein, den ich heirate, sehr reich sogar, und außerdem muß er möglichst einen hohen Titel haben. Ich möchte gern Frau Baronin oder noch lieber Frau Gräfin genannt werden."

Frau Leonore saß mit ihren sechs Töchtern im einfach behaglichen Wohnzimmer des kleinen Hauses und jede beschäftigte sich mit einer Handarbeit. Nicht etwa mit Häkeln oder Sticken, sondern alle zogen sorgfältig kleine Löcher in hellseidenen Strümpfen zusammen, besserten hauchdünne Unterkleider aus.

Sechs Händepaare hatten immer etwas zu tun, wenn sechs Schwestern, die sich nicht allzu oft etwas Neues anschaffen konnten, stets modern und ordentlich aussehen wollten.

Adelheid fand, der letzte Satz des Nesthäkchens war eine Diskussion wert.

Sie warf die Lippen auf und spöttelte: „Am liebsten wäre es deinem Titelrappel also anscheinend, man würde Majestät zu dir sagen müssen, nicht wahr? Ach, meine liebe Freda, du bist tatsächlich noch sehr rückständig, aber man muß das deinen siebzehn Jahren zugute halten! Ich bitte dich, was kann denn einer Frau daran liegen, ob ihr Mann sich Baron, Graf oder sonst was nennen darf. Wer Geld besitzt, braucht keinen Titel. Mir jedenfalls wäre er vollständig schnuppe. Reichtum ist meines Erachtens nach das einzige, was man sich wünschen soll. Reichtum schließt alle Türen der Welt auf. Nur mit viel Geld kann man eine Rolle im Leben spielen. Kann Reisen unternehmen, sich schöne Kleider kaufen, wertvollen Schmuck tragen und sich das Dasein bequem und angenehm machen."

Beate, die Zweite, nickte.

„Ich allgemeinen hast du recht, aber Reichtum verbunden mit Titel, wäre mir doch angenehmer."

„Mir auch," lachte Cäcilie, die Dritte. „Aber mieß darf er trotz noch so vieler Moneten nicht sein."

Dora zuckte die Achseln.

„Meinetwegen kann er aussehen, wie er will, wenn er nur reich ist."

„Else, die fünfte der Schwestern, meinte nachdenklich „Mir würde zum Beispiel Joachim Markus in jeder Beziehung gefallen. Er sieht vorzüglich aus, ist noch jung, hat den Doktortitel und ist jetzt noch Direktor der Markus-Werke geworden. Außerdem dürfte sein Reichtum nicht anzuzweifeln sein."

Frau Leonore erhob sich.

„Mädels, nehmt es mir nicht übel, aber eure Unterhaltung ist albern und langweilig. Ich gehe lieber in die Küche und bereite das Abendbrot. Vater wird Hunger mitbringen, wenn er vom Dämmerschoppen nach Hause kommt."

Sie schlug die Tür etwas lebhaft zu.

Freda sah die anderen der Reihe nach an.

„Habt ihr es bemerkt, Mutter war ärgerlich. Wir sind ihr zu materiell! Aber man wird allmählich so, wenn man ringsum beobachtet, was für eine Rolle das Geld spielt."

Sie kicherte vor sich hin. „Else hat mich übrigens auf eine famose Idee gebracht."

„Ich?" Elses dunkle Augen ruhten fragend auf dem Gesicht der Schwester, das wie ein Spiegelbild ihres eigenen war, denn die Aehnlichkeit zwischen den beiden Jüngsten war die allergrößte.

Jawohl, du hast mich auf eine Idee gebracht, eine glänzende, aussichtsreiche Idee! Aber auf welche, danach brauchst du mich nicht zu befragen, ich verrate es doch nicht, vorläufig bleibt sie mein Geheimnis."

Else konnte auch nicht mehr fragen, denn eben trat Sanitätsrat Jäger ein.

Er war ein stämmiger breiter Mann mit angenehmen markanten Zügen und ergrautem Haar, in seinen Augen lachte noch Jugend.

„Nun, ist mein halbes Dutzend schön beisammen?" klang seine immer etwas laute Stimme auf. „Erzählt mal, was gibt es Neues?"

Er setzte sich.

Es war seine liebste Stunde, wenn er dicht vor dem Abendbrot noch ein Weilchen mit seinem halben Dutzend plaudern konnte. — —

Am nächsten Vormittag schloß sich Freda in dem Zimmer ein, das sie gemeinsam mit Else bewohnte, und holte die Morgenzeitung vom vorigen Tag hervor.

Es war in den ersten Junitagen und in dem kleinen Gärtchen hinter dem Haus sangen die Vögel so hell und froh, daß einem das Herz weit werden mußte vor Freude am Frühling, der alles in der Natur so festlich geschmückt.

Wie hellgrüner Samt schimmerte das Stückchen Rasen des Gärtchens, dicht drängten sich die Stiefmütterchengruppen zusammen, die Beete umrandend.

Viele Knöspchen zeigten sich an den hochstämmigen Rosensträuchern und allerlei Buschwerk schob sich kulissenartig an den kiesbestreuten Wegen in dem dunklen Grün entlang.

Mit der Zeitung in der Hand stand Freda am offenen Fenster und las immer wieder die Anzeige:

> Junges, fleißiges Mädchen, auch Anfängerin, mit guter Handschrift, mit Kenntnissen in Stenographie und Maschinenschreiben als Sekretärin gesucht. Nur schriftliche Angebote an Dr. Markus, Direktor der Markus-Werke.

Freda war es, als höre sie ihre Schwester Else wieder wie gestern abend sagen: Mir würde zum Beispiel Dr. Joachim Markus in jeder Beziehung gefallen!

Und dann hatte sie seine Vorzüge aufgezählt, auch seinen Reichtum.

Else hatte ihr durch ihre Aeußerung einen Plan inspiriert. Einen Plan, mit dessen Ausführung sie gleich beginnen wollte.

Sie hatte sowohl auf der Schreibmaschine als auch stenographieren gelernt. Ihr Vater hatte jede seiner Töchter darin unterrichten lassen.

Je mehr praktische Dinge man kann, um so besser! pflegte er zu sagen.

Also, weshalb sollte sie sich nicht auf das Gesuch melden? An Dora und Else hatte die Mutter noch Hilfe genug im Hause.

Bisher hatte sie eigentlich noch kein besonderes Verlangen danach verspürt, eine Stellung anzunehmen. Aber jetzt lohnte es sich vielleicht.

Die Gelegenheit, Frau Direktor Markus zu werden, lag durchaus im Bereich der Möglichkeit.

Natürlich würden sich außer ihr noch andere Bewerberinnen melden. Vielleicht darunter solche mit vorzüglichen Zeugnissen.

Aber es hieß doch auch, die Gesuchte dürfe Anfängerin sein; das ermutigte sie.

Sie schloß das Fenster und nahm am Tisch, mitten in der Stube, Platz.

Aus einer Schublade kramte sie Papier, Tinte und Federhalter und dann schrieb sie mit ihrer hübschen gleichmäßigen Handschrift sorgfältig eine Seite des großen Bogens voll, steckte ihn, nachdem sie ihn noch einmal durchgelesen, in einen Umschlag, den sie adressierte.

Ohne daß sonst jemand darum wußte, sandte sie den Brief ab.